

# KONstruktiv 297,

Markt – Macht Kritiker sehen die Marktwirtschaft als Quelle allen Übels, Befürworter beklagen, dass sie noch immer nicht vollkommen verwirklicht ist. Fraglich ist, wie weit das inzwischen hundertjährige Links-Rechts-Schema, das Staatsmacht gegen Marktwirtschaft ausspielt, noch geeignet ist, die neue Weltunordnung zu begreifen.

<b>Inhalt</b>	<b>3</b>	<b><u>Editorial, Vorwort des Präsidiums</u></b>
	<b>4</b>	<b><u>Puntigams Kolumne, Dusls Schwerpunkt</u></b>
	<b>5</b>	<b><u>Standpunkte: Klaus Thürriedl, Peter Bauer und Bernhard Sommer, Anne Mautner Markhof und Erich Kern</u></b>
	<b>6</b>	<b><u>Plus / Minus: BIM Building Information Modeling</u> Wojciech Czaja</b>
<b>7</b>		<b><u>Markt – Macht</u></b>
<b>8 – 11</b>		<b>Markt und Macht   Warum die freie Marktwirtschaft heute schlechte Karten hat</b> Wolfgang Pauser
<b>13 – 20</b>		<b>Glokalisierung   Raumorganisation und Bildproduktion</b> Christiane Feuerstein
<b>21 – 23</b>		<b>Investition, Abstraktion, Signatur   Aspekte der Beziehung von Neoliberalismus und Architektur</b> Gabu Heindl und Drehli Robnik
<b>24 – 29</b>		<b>Budgetkosmetik und Architekturqualität   PPP-Projekte als Ziel der Kritik und Herausforderung für die Planungspraxis</b> Franziska Leeb im Gespräch mit Markus Pernthaler
<b>31 – 32</b>		<b>Das Ende des Normen-Obolus   Verbindliche Normen dürfen frei verbreitet werden</b> Matthias Öhler und Michael Weiner
	<b>36</b>	<b>Mann und Macht   Zum Ausschluss von Frauen vom Techniker-Cercle</b> Marlies Marbler
	<b>40</b>	<b><u>Aus dem Wettbewerb, Empfehlungen</u></b>
	<b>41</b>	<b><u>Jüngste Entscheidung, Krassnitzers Lektüren</u></b>
	<b>42</b>	<b><u>Porträt: Richard Woschitz</u></b> Eva Guttman
	<b>43</b>	<b><u>Fehlannonce, Das nächste Heft</u></b>
	<b>44</b>	<b><u>Von oben</u></b>

<b>Impressum</b> Medieninhaber und Herausgeber	KONSTRUKTIV 297 Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten (bAIK) 1040 Wien, Karlsgasse 9 T: 01-505 58 07-0, F: 01-505 32 11 www.daskonstruktiv.at	<b>Lektorat</b> Gassner Redolf, Schlins Bohatsch und Partner, Wien <b>Gestaltung Druck</b> ap media – Visuelle Kommunikation, Wien Ueberreuter Print GmbH, Korneuburg Gedruckt auf SoporSet Premium 120 g/m² Vista Sans (Xavier Dupré), Arnhem (Fred Smeijers)	<b>Lektorat</b> Eva Guttman Gassner Redolf, Schlins Bohatsch und Partner, Wien <b>Gestaltung Druck</b> ap media – Visuelle Kommunikation, Wien Ueberreuter Print GmbH, Korneuburg Gedruckt auf SoporSet Premium 120 g/m² Vista Sans (Xavier Dupré), Arnhem (Fred Smeijers)	Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben ausschließlich die Meinung des Autors/der Autorin wieder, die sich nicht mit der des Herausgebers oder der Redaktion decken muss. Für unverlangte Beiträge liegt das Risiko beim Einsender. Sinn- gemäßige textliche Überarbeitung behält sich die Redaktion vor.
<b>Erscheinungsweise</b> <b>Auflage</b> <b>Einzelpreis</b> <b>Abopreis pro Jahr</b>	vier Mal jährlich 14,500 Stück 9,00 Euro 24,00 Euro	<b>Abbildungen</b> F. = Fotograf A. = Architekt	S. 3: F. Johannes Zinner © bAIK; S. 4: F. Ingo Pert- rainer, Andrea Maria Dusl; S. 5: F. Johannes Zinner (oben und unten), Katharina Gossow (mittig) © bAIK; S. 7–32: © Oliver Ressler mit Ausnahme S. 9: Ran Erde; S. 40: © Storck, Scheidegger&Spiess; S. 41: © Park Books, Böhlau Verlag; S. 42: F. Hans Wetzelsdoerfer; S. 43: © Fotolia (oben), Siegrun Appelt (unten); S. 44: © Louis Vuitton	Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
<b>Redaktion, Anzeigen &amp; Aboverwaltung</b>	art: phalanx Kunst- und Kommunikationsagentur Clemens Kopetzky und Susanne Haider (Geschäfts- leitung)			Das Zitat auf dem Titel wurde dem Text von Wolfgang Pauser entnommen.
<b>Redaktionsteam</b>	Franziska Leeb und Marlies Marbler 1070 Wien, Neubaugasse 25/1/11 T: 01-5249803-0, F: 01-5249803-4 redaktion@daskonstruktiv.at, anzeigen@ daskonstruktiv.at, abo@daskonstruktiv.at			
<b>Redaktionsbeirat</b>	Christian Aulinger (Präsident der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten), Armin Haghirian (Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Steiermark und Kärnten), Andrea Hinterleitner-Sedlacek (Stv. Vorsitzende des Forums der Ziviltechnikerinnen), Gabriele Kaiser (Leiterin afo architekturforum oberöster- reich), Rudolf Kolbe (Vizepräsident der Bundes- kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten und Präsident der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Oberösterreich und Salzburg), Anna Soucek (Journalistin), Hanno Vogl-Fernheim (Präsident der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Tirol und Vorarlberg)		Die Redaktion ersucht diejenigen Urheber, Rechtsnachfolger und Werknutzungsberechtigten, die nicht kontaktiert werden konnten, im Falle des fehlenden Einverständnisses zur Vervielfälti- gung, Veröffentlichung und Verwertung von Werkabildungen bzw. Fotografien im Rahmen dieser Publikation um Kontaktaufnahme.  Das Gestaltungskonzept dieser Zeitschrift ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der Grenzen des Urheberrechts ist unzulässig. Die Texte, Fotos, Plandarstellungen sind urheberrechtlich geschützt.  Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist auf www.daskonstruktiv.at veröffentlicht.	

## Editorial

In den 1970er-Jahren bekamen wir in der Volksschule alle die gleiche Füllfeder. Es gab sie in rot und in blau, selbstredend die eine Farbe für die Mädchen, die andere für die Buben. Eine geriffelte Mulde sollte gewährleisten, dass die Kinderfinger nicht auf die Feder rutschen. Das „Schönschreiben“ sollte damit erleichtert werden und wurde im Unterricht auch zur Genüge geübt. Was sehnten wir uns danach, irgendwann so groß und frei zu sein, um die Schriftvorlagen ignorieren zu dürfen! Angeblich hat der Hersteller des weitverbreiteten Schreibgeräts die damals neue Schulschrift mitentwickelt. Heute sind weder die einheitliche Füllfeder noch das Schönschreiben ein Thema. Dafür gibt es jene Software, die auch im richtigen Leben derzeit de facto Standard ist, für Schulkinder kostenlos oder günstiger. Schon früh und nicht erst seit wenigen Jahren beeinflussen also die Marktmächtigen, im Zusam-

menspiel mit der Bürokratie, unser Leben und das nicht nur dann, wenn es um das Gemeinwohl geht. Seit Bankenkrise und Staatsschuldenkrise ist verstärkt von der „Macht der Märkte“ die Rede, die im Endeffekt – zunächst oft unangenehme – Folgen für Bürgerinnen und Bürger zeitigt.

Wie machen sich Marktmechanismen in den Arbeitsfeldern von Ziviltechnikerinnen und Ziviltechnikern bemerkbar? Welche Auswirkungen gibt es auf größere Zusammenhänge, welche auf den Berufsalltag, welche auf die Qualität der Arbeit? Das Themenfeld ist unerschöpflich und schwer zu fassen zugleich, anfällig für Begriffsverwirrungen und gefährdet, in einseitige Denkschemen zu verfallen. Markt gegen Staat, Links gegen Rechts: Wolfgang Pauser geht der Entwicklung der Marktwirtschaft und den damit verbundenen Machtverhältnissen auf den Grund und benennt ihre Profiteure. Christiane Feuerstein legt dar, wie sich globale ökonomische Sys-

teme auf regionale Transformationsprozesse auswirken. Weltweite Krisen und die politischen Versuche diese zu bewältigen haben Auswirkungen auf das Geschäftsgebaren von Kommunen und Ländern. Wie sehr dienen die praktizierten Public-Private-Partnership-Modelle der Öffentlichkeit, welche tatsächlichen oder vermeintlichen Qualitäten können sie sichern oder gefährden, wie gehen Planer und Planerinnen damit um? Welchen Preis zahlen wir dafür im übertragenen wie im tatsächlichen Sinn? Da ist es nicht mehr weit zu einem der standespolitischen Hauptthemen der jüngeren Vergangenheit, dem Normenwesen. Wie gesagt, das Thema erschöpfend abzuhandeln wäre utopisch, was aber möglich ist – und auch das soll dieses Heft vermitteln –, Ziviltechnikerinnen und Ziviltechniker haben durchaus eine Reihe von Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten. **Franziska Leeb** ■

## Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Wir Ziviltechniker/innen lösen komplexe Planungsaufgaben auf dem neuesten Stand der Technik. Unsere laufende Weiterbildung – und die Weiterbildung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – ist unabdingbar für die Erfüllung dieses Qualitätsversprechens. Aufgabe Ihrer Interessensvertretung ist es, qualitativ hochwertige und kostengünstige Weiterbildung für unsere Mitglieder an geografisch leicht zu erreichenden Standorten sicherzustellen.

In Graz und Wien gibt es bereits Weiterbildungseinrichtungen der Kammer und zwar das zT-Forum einerseits und die Arch+Ing Akademie andererseits. Unser Ziel für die laufende Wahlperiode ist, dass aus diesen Akademien eine österreichweite Einrichtung hervorgeht.

Das zT-Forum und die Arch+Ing Akademie bieten nicht nur ausgezeichnete Seminare an. Sie eröffnen auch Möglichkeiten der Kontaktpflege zu Auftraggeberinnen und Auftraggebern und zur Beamtenschaft. Unser Ziel ist es, dass auch unsere Mitglieder in Oberösterreich/Salzburg und Tirol/Vorarlberg ein solches Angebot in erreichbarer Nähe vorfinden. Eine Österreich-Akademie kann und soll aber auch über die Landesgrenzen hinaus wirken und etwa Kolleginnen und Kollegen aus Südtirol offen stehen.

Andere Freie Berufe, wie zum Beispiel die Notare, die Rechtsanwälte oder die Wirtschaftstreuhänder, verfügen bereits über – sehr erfolgreiche – österreichweite Ausbildungseinrichtungen.

Ein weiterer Hintergrund für unser Ziel einer Österreich-Akademie ist der europaweite Trend zur Zertifizierung: Danach reicht auch die Absolvierung einer fundierten universitären Ausbildung samt Praxisnachweis allein nicht mehr aus, sondern werden laufend Nachweise über fachspezifische Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen gefordert. Zertifizierungen werden Voraussetzung zur Erbringung bestimmter Leistungen bzw. werden auch bei Auslobungen zunehmend abverlangt. Die Österreich-Akademie könnte auf die Befugnis der zT maßgeschneiderte, bundesweit einheitliche Fortbildungsprogramme anbieten und unsere Mitglieder wären für die Erlangung einer europaweit gültigen Zertifizierung nicht mehr auf teure Kurse externer Anbieter angewiesen. Unsere Berufsgruppe hätte damit bessere Möglichkeiten, Zertifizierungsprogramme in unserem Sinn zu beeinflussen und zu gestalten.

Die in den letzten Jahren zwischen den Länderkammern erzielte Einigkeit hat gezeigt, dass wir auch als kleine Berufsgruppe viel erreichen können, wenn wir an einem



**Christian Aulinger** (links)  
Präsident  
**Rudolf Kolbe** (rechts)  
Vizepräsident

Strang ziehen. Diese Einigkeit wollen wir nutzen, um ein bundesweites Fortbildungsprogramm im Rahmen einer Österreich-Akademie zu schaffen! ■



## Size matters



**Martin Puntigam**  
Kabarettist, Autor und MC der Science Busters

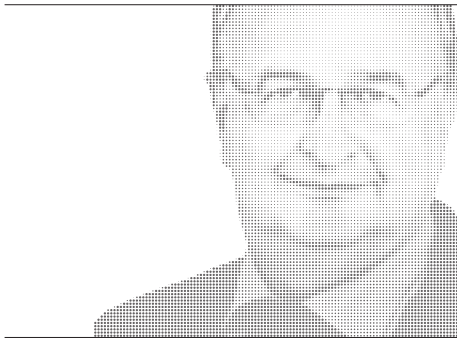
Wachstum ist eine der Erfolgsgeschichten der Menschheit. Wachstum ist so beliebt, dass sogar Nullwachstum toleriert wird, um Stagnation zu vermeiden. Das gilt für nahezu alle Bereiche, nur der Mensch selber kann dabei nicht mithalten. Der us-Amerikaner Robert Wadlow, genannt The Alton Giant, gilt als der größte Mann, der jemals gelebt hat und dessen Körpergröße zweifelsfrei feststeht. Er wurde zwei Meter 72 Zentimeter groß, seine Schuhgröße lautete 76, seine Armspannweite brachte es auf 288 Zentimeter. Das heißt, er konnte mehrere Menschen gleichzeitig umarmen. Die größte Frau, die Chinesin Zeng Jinlian, wuchs immerhin bis auf eine Länge von zwei Metern. Das ist jeweils sehr groß, aber warum ist das ungewöhnlich, warum werden wir Menschen eigentlich nicht noch größer? Dann könnten wir viel schneller laufen, viel höher hinaufgreifen und viel fester aufstampfen. Wäre das möglich? Leider nein. Für uns Menschen gibt es aufgrund unserer Bauart und der unseres Planeten Maximalwerte.

Wenn man davon ausgeht, dass ein durchschnittlicher Mensch auf der Erde mit 180 Zentimeter Größe rund 80 Kilogramm wiegt, dann würde ein zehnmal so großer Mensch rund 80 Tonnen wiegen – ohne dass sich die Proportionen wesentlich verändern! Na und? Müsste man eben die Fundamente der Bauten verstärken, Unterführungen vergrößern und erdnah fliegenden Vögeln beibringen, nicht so tief zu fliegen, damit sie uns nicht in die Nasenlöcher schwirren wie Mücken vor einem Sommergewitter. Leider bedeutet eine Vergrößerung um den Faktor zehn, dass ein Mensch tausendmal so schwer ist, während die Querschnittsfläche der Knochen nur um den Faktor hundert größer werden würde. Und das ist nicht günstig, denn dann tragen die Knochen dieses Gewicht nicht mehr, selbst wenn sie wollten. Beim ersten Schritt würden alle Knochen brechen, was fast nur Nachteile mit sich bringt. Einziger Vorteil: Es gibt dann wirklich viel freie Fläche, wo man sich was auf den Gips schreiben lassen kann. ■

## Dusls Schwerpunkt



## Macht Markt-Macht Markt?



**Klaus Thürriedl**  
Vorsitzender der Bundessektion der Ingenieurkonsulenten

Wohl kaum! Markt-Macht spült bloß mehr Gewinn in die Kassen der Marktmächtigen. Mehr Markt im Sinne der Vielfaltigkeit ist

## Neue Herausforderungen und Chancen

Modelle öffentlicher Vergabe werden immer erstaunlicher. Sogar auf Gebieten, auf denen große Erfahrung besteht, werden Totalunternehmer gesucht oder PPP-Modelle angestrebt – statt auf die transparente Trennung von Planen und Bauen zu setzen. Möglicherweise haben solche Modelle bei extrem spezialisierten Aufgaben Sinn, aber bei Schulbauten?

Vordergründig wird argumentiert, dass hier schon bei der Vergabe, also noch vor der Planungsphase, Preis und Qualität feststünden. Das stimmt natürlich nicht: Mangels genauer Funktions- und Qualitätskriterien liegen praktisch kaum vergleichbare Angebote vor. Wenn man Qualitätskriterien für ein Bauwerk aber vorher genau festlegen möchte, braucht man das, was man „früher“ Planung genannt hat. Die Erarbeitung solcher Kriterien stört aber beim Geldverdienen, so wie die

nicht gewollt. Ziviltechniker/innen haben jedenfalls keine Markt-Macht. Sie stehen den Auftragsmonopolisten gegenüber. Die haben Markt-Macht! Hier den Interessensausgleich zu finden, ist schwierig. Unsere Auftraggeber sind daran interessiert, möglichst viel unserer geistigen Dienstleistung möglichst billig zu beschaffen. Wir möchten für unsere Leistung möglichst gute Bezahlung. Klar ist, dass nicht der Marktmächtige den Kürzeren zieht!

Verzweiflung? Nein – nicht total, denn langfristig bekommt der Auftraggeber nur, was er bezahlt. Das ist ein langer Erkenntnisprozess, bei dem manchen die Luft ausgehen wird. Der Atem der Marktmächtigen ist länger. Was da los ist? Der Markt ist los, ganz ohne Macht! Bekommen am Ende die Ohnmächtigen Oberwasser? Wohl nicht, weil der Weg zu lang ist.

bewährten Kontrollmechanismen der Ausführungsplanung, der Bauaufsicht und der Abnahmen auf der Baustelle.

In diesem Zusammenhang ist auch eine neue Herausforderung zu sehen: Einzelne Lobbying-Gruppen wünschen sich, dass die Nutzung von BIM behördlich angeordnet wird. Warum eigentlich? Bei einem Modell, das angeblich sowieso nur Vorteile bringt? Die neue Richtlinie zum EU-Vergaberecht begünstigt solche Forderungen. Die Vorteile, die eine möglichst komplette digitale Erfassung und Durchplanung eines Gebäudes bieten, sollen gar nicht in Abrede gestellt werden.

Natürlich können die Ziviltechniker/innen auch für neue Formen der Planung und deren Vergabe notwendige Qualitäten erarbeiten und diese sichern. Voraussetzung sind aber faire Verfahren, ganzheitliche Planungsabläufe und eine angemessene Vergütung. ■

## Markt-Macht in der Normung

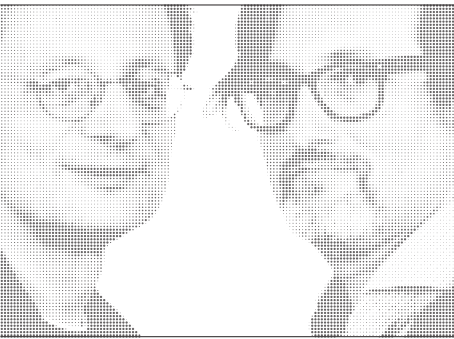


**Anne Mautner Markhof**  
Stellvertretende Vorsitzende der Bundessektion Architekten  
**Erich Kern**  
Mitglied der Bundessektion Ingenieurkonsulenten

Mächtige Akteure dominieren derzeit den Normierungsprozess: Ein Bauprodukterhersteller, der es schafft, sein Produkt zur Norm zu erheben, beherrscht den Markt. Er zahlt den vom Austrian Standard Institute (ASI) für die Mitarbeit in Normenkomitees eingehobenen Jahresbeitrag von 450 Euro locker für den erlangten Marktvorteil. Ziviltechniker/innen vertreten demgegenüber in der Normung keine Eigeninteressen, sondern bringen ehrenamtlich ihr Wissen ein. Ziviltechniker/innen zahlen zudem über ihre Steuern bereits die Jahresbeiträge der Beamten und Universitäten und sollen zusätzlich auch noch ihre eigenen Beiträge selbst finanzieren.

Der vom ASI eingehobene Jahresbeitrag wird dazu führen, dass Akteure, die sich von ihrer Mitarbeit in der Normung einen eigenen Nutzen für sich oder ihr Unternehmen erwar-

Abhilfe schaffen könnte das jüngst publizierte Modell LM.vM, die Leistungsmodelle und Vergütungsmodelle für Ingenieur- und Architektenleistungen. Wir Ziviltechniker/innen haben unser Leistungsangebot sehr ausführlich beschrieben. Es spiegelt wider, was wir können und ist zugleich das, was jeder Auftraggeber braucht, wenn er ein Projekt umsetzen will. Geprüft und ergänzt vom Institut für Bauwirtschaftslehre der TU Graz, gepaart mit einem aus der Forschung erstellten Vergütungsmodell kann dies den Interessenausgleich darstellen: quasi als Kollektivvertrag mit Auftraggeber/innen wie er auch im ZTKG für die planende Zunft vorgesehen ist, unabhängige Baukontrolle und Kostenverfolgung inklusive. Das ist doch was! Und das Markt-Macht-Gerangel hat ein Ende. ■



**Peter Bauer** (links)  
Präsident der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien|NÖ|Bg|  
**Bernhard Sommer** (rechts)  
Vizepräsident der Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien|NÖ|Bg|

ten, noch mehr „unter sich“ bleiben werden. War das die wohlkalkulierte Absicht, um die bestehenden Machtverhältnisse nicht nur zu erhalten, sondern auch noch auszubauen? Die lukrierten Einnahmen wiegen jedenfalls den der Gesellschaft zugefügten Schaden nicht annähernd auf.

Es ist uns gelungen ein Problembewusstsein der Politik in dieser Frage zu wecken: Eine Novelle des Normengesetzes steht auf der Agenda der Bundesregierung. Uns geht es dabei um mehr Transparenz, mehr Bewusstsein für die gesamtwirtschaftlichen Kosten neuer Normen und die Abschaffung des Jahresbeitrags. Die Berufsvertretung der Ziviltechniker/innen, im Konkreten der Ausschuss „Normen“ der Bundeskammer, dessen Vorsitzende wir sind, wird weiter für die Erfüllung dieser Forderungen eintreten. ■



Als ich Mitte der 1990er-Jahre Architektur studierte, war die Welt der Planerinnen und Planer, mit einiger Verspätung hinter dem Marktdiktat hinterherhinkend, gerade im Umbruch – von der Handzeichnung zur Computergrafik, von Reißbrett und Tuschestift zu Bildschirm und Mouse-Klick. CAD in 3D, das war damals noch eine exotische Nische für Nerds und Pioniere. Unverständlich für Normalsterbliche wie mich. Heute befinden wir uns in einer nicht unähnlichen Evolution, diesmal vom hohlen, leeren, inhaltslosen 3D-Vektormodell zu BIM, zu Building Information Modeling, auf Deutsch so viel wie Gebäudedatenmodellierung. Vorbei sollen sie sein, die Zeiten des Planens, Zeichnens, Rechnens, an deren Stelle tritt die Vorab-Placebo-Baustelle im virtuellen Raum. Und tatsächlich: BIM ist eine neue Chance für die gesamte Branche. Erstmals könnte es gelingen, Tempo und Präzision in die Sache zu bringen. Oder, wie Architekt Christoph Achammer von ATP, ein alter BIM-Hase, das ausdrückt: „Die Automobilindustrie konnte es sich noch nie leisten, so unfertige und fehlerhafte Produkte auf den Markt zu bringen wie die Bauleute. Doch wir, wir zeichnen auf Papier und schicken permanent veraltete und überholte Planstände durch die Welt. Mit BIM werden wir diese Prozesse effizienter gestalten können, und zwar ohne Planungsdefizite, ohne Bauverzögerung und ohne Management-Mängel.“ Die planerischen Möglichkeiten mit BIM sind verlockend, und das sind sie mit Recht. BIM könnte dazu beitragen, das zu erreichen, wovon Architektinnen und Fachplaner schon seit geraumer Zeit träumen: Architektur ohne Striche, ohne Missverständnisse und ohne jeglichen kartesischen Zwang. Vor allem aber könnte BIM dazu beitragen, die Schnittstellen zwischen den einzelnen Disziplinen zu vereinfachen und die Fehlerquellen zwischen Bild, Plan, Text und Tabelle zu minimieren. BIM ist so etwas wie ein Adapter für alle. Und endlich, endlich könnte es gelingen, in die Bau- und Immobilienbranche das zu implementieren, was wir bereits seit Jahren predigen und wovon in der Theorie bislang mehr zu sehen ist als in der Praxis. Denn BIM ist ein Tor zum interdisziplinären Planen, zu einem Entwicklungsprozess, in dem Statik, Haustechnik, Bauphysik, Landschaftsplanung, Logistik und Facility-Management genauso wichtig sind wie die Architektur im Sinne des formalen, kreativen Wurfs. Die Gleichwertigkeit der Disziplinen und Interessen wird die Bau- und Bestellqualität der Bauherren steigern und auch das Thema Life-Cycle-Costs in den Fokus rücken.

Schon jetzt gibt es kaum noch Architektinnen und Architekten, die der schnellen, frechen Skizze mächtig sind. Wurde früher noch mit Bleistift und Filzschreiber entworfen, entstehen die meisten Entwürfe heute auf dem Bildschirm. Und das sieht man. Entsprechend uninspiriert kommen viele Gebäudetypologien daher, ob Wohnhaus, Bürogebäude oder Gewerbeimmobilie. Mit Building Information Modeling, mit dem Shift zu noch mehr Digitalisierung und Virtualisierung, wird der Prozess begünstigt und beschleunigt. Die Gefahr besteht, dass Architektur zunehmend zu einer Multiple-Choice-Maske innerhalb streng vorgegebener Entwurfsparameter verkommt. Schon jetzt gibt es eine Vielzahl an Auftraggebern, die bei ihren oftmals großvolumigen Bauvorhaben den Planern und Konsulenten abverlangen, Konzept, Detailplanung, Behördenwege und Ausschreibung mit BIM abzuwickeln. Schön und gut. Allein, kleinere Büros, die weder über ausreichend Arbeitskräfte noch über nötige finanzielle Ressourcen verfügen, um an diese nicht gerade billigen Software-Programme heranzukommen, sind von diesen Projekten a priori ausgeschlossen. Erste Versuche, in der Projektabwicklung auf externe BIM-Manager zurückzugreifen, gibt es. Doch sie sind mühsam. „BIM stellt für große Planungsbüros und ausführende Firmen eine Erleichterung dar“, meint Iva Kovacic, Assistenzprofessorin am Institut für Industriebau und interdisziplinäre Bauplanung der TU Wien. „Für kleine Firmen jedoch ist die Einführung von BIM eine schwierige Herausforderung.“ Österreich ist traditionell ein Land mit ausgeprägter KMU-Struktur. Der Großteil der Architekturbüros hat weniger als vier Mitarbeiter und verfügt über geringe finanzielle Mittel. Bei den Elektrikern, Installateuren und Spenglern ist die Situation nicht anders. Im Laufe des Jahres, so der Plan, soll eine europaweite BIM-Norm herausgegeben werden, die die digitale Gebäudeerrichtung auf der virtuellen Baustelle vereinheitlichen soll. Dem blicken nicht alle mit Vorfreude entgegen. Denn was morgen Norm ist, könnte schon übermorgen Normalität werden. Kleinere Player wie der Installateur wären damit vom Markt ausgeschlossen. Wollen wir das? Die BIM-Technologie kommt aus dem anglo-amerikanischen Raum, wo die Bürolandschaft bekanntermaßen eine sehr grob strukturierte ist. Da regiert der Maßstab XXL. Eine Implementierung von BIM in die heimische Architektur- und Baubranche könnte, wie manche befürchten, à la longue zur Zerstörung dieses Kulturraums beitragen. Wojciech Czaja ■

Arbeiten von Oliver Ressler begleiten den Themenschwerpunkt dieser Ausgabe des **KONSTRUKTIV**. Seit Beginn seiner künstlerischen Tätigkeit beteiligt sich der Künstler und Filmemacher mittels medial vielfältiger Arbeiten an politischen Debatten. Ökonomie, Demokratie, Klimawandel, Migration, Widerstandsformen und das Propagieren von Alternativen zu bestehenden Machtverhältnissen sind Gegenstand seiner Filme, Fotografien und Installationen, wobei seine Recherchen dafür weltweit vor Ort erfolgen. Dabei versteht er sich oftmals auch als Teil jener (Gegen-)Bewegungen, die Inhalt seiner Untersuchungen sind und denen er, vor allem in seinen Filmen, eine Stimme gibt.

Von Oktober 2014 bis Februar 2015 präsentierte das Lentos in Linz eine Personale unter dem Titel „Die Plünderung“, die aktuelle Formen von Plünderungen – von der Rohstoffplünderung über aggressive Formen der Privatisierung öffentlicher Gebäude und des öffentlichen Raums bis hin zur Plünderung der Staatshaushalte zugunsten der Rettung von Banken und mögliche Antworten auf diese Missstände zur Diskussion stellte. ■ Franziska Leeb ■

**Oliver Ressler**, geb. 1970, in Knittelfeld, lebt und arbeitet in Wien. Einzelausstellungen im Berkeley Art Museum, USA; Platform Garanti Contemporary Art Center, Istanbul; Centro Cultural Conde Duque, Madrid; Alexandria Contemporary Arts Forum, Ägypten; Wyspa Institute of Art, Danzig. [www.ressler.at](http://www.ressler.at)

We Have a Situation Here, 2011, Fotografie





**Wolfgang Pauser** beschäftigt sich als Kulturwissenschaftler, Autor und Berater mit Konsum, Produkten, Marken und Märkten. In den 1990er-Jahren schrieb er Kolumnen über Konsumwelten für „Die Zeit“ und unterrichtete Architekturtheorie am Institut für Wohnbau und Entwerfen an der TU Wien.

Der Markt hat die Macht. Diese Aussage wird im politischen Diskurs der Gegenwart heiß diskutiert: Kritiker sehen die Marktwirtschaft als Quelle allen Übels, Befürworter beklagen, dass sie noch immer nicht vollkommen verwirklicht ist. Diese zwischen Links und Rechts aufgespannte Achse der Polarisierung strukturiert die Argumente der wirtschaftspolitischen Diskussion. Fraglich ist, wie weit das inzwischen hundertjährige Links-Rechts-Schema, das Staatsmacht gegen Marktwirtschaft ausspielt, noch geeignet ist, die neue Weltunordnung zu begreifen.

Die Wurzeln des Konzepts der Marktwirtschaft liegen in der Emanzipation des Bürgertums von der Feudalmacht des Adels. Dem Lehen wurde das Eigentum entgegengesetzt, dem aristokratischen Müßiggang Arbeit und Leistung, der Leibeigenschaft die individuelle Freiheit zum Austausch von Gütern auf einem offenen Markt ohne merkantilistische Monopole und Privilegien. Die Etablierung des freien Markts war ein gegen die Mächte gewandtes Projekt. Es versprach nicht nur, alle Menschen von der Unterdrückung durch Mächtige zu befreien, sondern auch Wohlfahrt – „das größte Glück der größten Zahl“ (Jeremy Bentham). Die „unsichtbare Hand“ (Adam Smith), der von Mächten ungestörte Marktmechanismus, sollte den „Reichtum der Nationen“ und all ihrer Bürger mehren. Dieses egalitäre Konzept wollte jedem Menschen den Zugang zum Reichtum eröffnen. Um dieses soziale Ziel zu erreichen, sollte es genügen, die den Marktpreis verzerrenden Mächte zu eliminieren. Dann nämlich würden Offenheit, Transparenz und Konkurrenz am freien Markt automatisch die niedrigsten Preise und den produktivsten Einsatz aller Mittel erzwingen.

Eine Gleichsetzung von Markt und Macht wäre den Erfindern des Liberalismus unbegreiflich gewesen.

Vergleicht man deren Konzept mit der gegenwärtigen Realität, zeigt sich kaum Übereinstimmung: Statt Reichtum für alle sehen wir Verarmung der „unteren 90 Prozent“. Die Konzentration von Anbietern zu multinationalen Konzernen beschränkt den Neuzugang von Konkurrenten, verzerrt die Preise und führt zu Marktmacht, Lobbying und Oligopolen. Die Gegenspieler des freien Marktes haben diesen erobert und verunklären mit ihrer Macht das Preisgefüge. Hinzu kommt, dass Manager begonnen haben, die Höhe ihres Einkommens selbst festzusetzen und auf diese Weise den Marktpreis durch den Preis ihrer Macht zu ersetzen.

Und als ob diese Pervertierung aller Marktprinzipien in ihr Gegenteil nicht genug wäre, hat auch der Finanzmarkt aufgehört, seine Funktion zu erfüllen. Diese sollte darin bestehen, das Geld

den ertragreichsten Investitionen und vielversprechendsten Innovationen zuzuführen und damit das zum Wohle aller zu fördern, was man heute „Realwirtschaft“ nennt. Doch auch hier ist das Gegenteil der Fall. Schon der Begriff Realwirtschaft verrät, dass die Finanzwirtschaft sich von der Realität normalsterblicher Wirtschaftssubjekte entkoppelt und eine ganz eigene Macht-Realität ausgeformt hat. Die Konzentration zu Großbanken hat diese als „too big to fail“ erscheinen lassen und damit die Politik dazu erpresst, das Insolvenzrisiko dieser korrupten, überschuldeten und aufgeblähten Institutionen auf den Steuerzahler abzuwälzen. Damit ist der zentrale Funktionsmechanismus der Marktwirtschaft ausgehebelt: die „Selbstreinigungskraft des Kapitalismus“ durch das Ausscheiden dysfunktionaler Akteure. Gleichzeitig wurden diese konkursreifen, von jeder Verantwortung entbundenen Big Player in staatswirtschaftlicher Manier von der Notenpresse mit gewaltigen Geldmengen geflutet. Das Versprechen der Politik, das Blasen geld würde in der Realwirtschaft ankommen, hat sich indessen nicht bestätigt. Unternehmen bekommen kein Risikokapital für Investitionen. Die überschuldeten Banken borgen ihr Geld lieber dem überschuldeten Staat. Der gilt nicht nur als risikoarm, er revanchiert sich auch mit Milliarden geschenken aus den Zentralbanken. Das frische Geld fließt weder Produzenten noch Konsumenten zu, es „rettet“ die Banken und ermöglicht ihnen, weiter im Pyramidenspiel zu zocken. Denn die Gewinne, die aus einer realwirtschaftlichen Investition zu ziehen sind, können mit den im Spielkasino erzielbaren Wettgewinnen niemals mithalten. Seit es Rettungsschirme gibt, gehört der Steuerzahler zu den Finanziers des Wetteinsatzes.

### Begriffsverwirrung

Nun besteht zwischen einem funktionierenden Markt und einem Spielkasino der Mächtigen ein nicht unerheblicher Unterschied. Dieser wird vom Diskurs der Linken verleugnet, der von „den Märkten“ spricht, wenn er die Machtzentren des Kasinokapitalismus meint. Diese begriffliche Verdrehung ist nur historisch und strategisch nachzuvollziehen. Denn für die Linke war die Finanzkrise Wasser auf die Mühlen der alten Doktrin, den Markt für den Schuldigen seiner Selbstdemontage zu halten, und nicht jene Mächte, die ihn zerstören. Nicht weniger verdreht hat sich der Diskurs der Wirtschaftsliberalen. Gefangen in ihrer Tradition, verteidigen sie jene vermachtete Formation, die heute den Markt durch Oligopole und Spielkasinos ersetzt hat, mit Marktrhetorik und Leistungsethik. Zurückgekehrt ist jenes Feudalsystem, zu dessen Abschaffung das Bürgertum einst die Marktfreiheit erkämpfte. Real- wie finanzwirtschaftliche Märkte

# no replastering, the structure is rotten

Der Wandtext bezieht sich auf einen Slogan der Pariser Revolten im Mai 1968. Die Schrift lässt Pflastersteine erkennen und basiert auf einem Foto, das 2012 in Athen aufgenommen wurde.

Oliver Ressler: no replastering, the structure is rotten, 2013, Installationsansicht: The Genia Schreiber University Art Gallery, Tel Aviv, Foto: Ran Erde

sind so sehr von Privilegien, Oligopolen, politischen Interventionen und Zentralbank-Geld verzerrt, dass sie die Marktfunktion der optimalen Allokation der Produktionsfaktoren nicht mehr leisten können, zum Vorteil einer abgehobenen Finanz-Elite, die der Spielsucht erlegen ist. Dennoch halten linke wie rechte Teilnehmer am politischen Diskurs daran fest, die neuen Feudalherren „Märkte“ zu nennen. Diese programmatische Verknennung könnte finanzielle Hintergründe haben. Schließlich sind konservative Parteien, die behaupten, auf Seiten „der Wirtschaft“ zu stehen, zu abhängig von ihrer Finanzierung durch Banken, um die Unterscheidung zwischen Real- und Blasenwirtschaft zu thematisieren. Linke sind ihrerseits zu abhängig vom Staat, als dass sie das Narrativ „guter Staat gegen bösen Markt“ aufzugeben bereit wären. Sie hoffen nicht auf einen zweiten Anlauf zur Zerstörung des Feudalsystems, sondern auf mehr Macht, wenn diese nur auf der Seite des Staates ist.

Als weitere strategische Wortverdrehung in der wirtschaftspolitischen Debatte darf das Wort „Neoliberalismus“ nicht unerwähnt bleiben.

Dieses ist heute zum umfassenden Schimpfwort für alle eben beschriebenen Missstände

geworden. Der in den 1930er-Jahren als Reaktion auf die Krise von 1929 entwickelte Begriff meinte das genaue Gegenteil seiner heutigen Verwendung. Er wandte sich gegen das Laissez-faire-Prinzip und war für einen Staat, der die Wirtschaft streng reguliert, um den Marktmechanismus vor all jenen Entartungen zu schützen, die aktuell die Übermacht gewonnen haben. Dieses auch als „Ordo-Liberalismus“ (Walter Eucken) bekannte Konzept

wurde zur Grundlage jener „Sozialen Marktwirtschaft“, die im Nachkriegsdeutschland umgesetzt wurde und als „Wirtschaftswunder“ Geschichte schrieb. Seit der Reagan- und Thatcher-Ära jedoch wird „Neoliberalismus“ für die Chicagoer Schule verwendet, deren politisch motivierter Marktradikalismus zum ideologischen Nährboden aller heutigen Auswüchse gedieh. Der in diesem Sinne explizit neoliberale Diskurs, wie er in Amerika verbreitet ist, erscheint nach der heutigen Erfahrung seiner Folgen nicht mehr als ernstzunehmende Position innerhalb der Volkswirtschaftslehre, sondern als rhetorisches Feigenblatt zum Machterhalt jener „Happy Few“, deren Privilegien bedroht wären durch die emanzipative und egalisierende Wirkung eines offenen, transparenten und vor allem funktionierenden Markts.

Der Ordo-Liberalismus fordert einen starken Staat, der es als wichtigste Aufgabe sieht, den Marktmechanismus am Funktionieren zu halten, zu fördern, zu schützen und wo nötig zu ergänzen. Und politische Ziele, soweit dies möglich ist, durch marktförmige oder marktkonforme Mittel zu erreichen. Doch um das ordo-liberale Konzept des Wirtschaftswunders ist es still geworden. Lieber hoffen Politik und Finanzwirtschaft, dass ein Wunder geschehe und die Kreditblase sich als erste nicht platzende Blase der Weltgeschichte erweise. Das Sprachspiel „Markt gegen Staat“ ist nicht nur irreführend, weil Märkte nun von Finanzmächten dirigiert werden. Sondern auch, weil die Politik (teils gewollt, teils ungewollt) in ein Kooperations- und Abhängigkeitsverhältnis zu diesen geraten ist. Die Staaten brauchen die Banken zur Finanzierung ihrer Haushaltsdefizite, die Banken brauchen





Die Buchstaben des Texts sind aus einem Foto gebildet, das Menschen auf einer der Demonstrationen, die unter dem Motto „Wir zahlen nicht für eure Krise“ am 28. 3. 2009 in zahlreichen Städten stattgefunden haben. „too big to fail“ fasst den Wunsch in ein Bild, dass die globalen Bewegungen für eine demokratische Transformation „system-relevant“ und ein nicht mehr zu ignorierender Akteur werden mögen.

Oliver Ressler: too big to fail, Wandtext, 2011, Installationsansicht: Kunstraum Niederösterreich, Wien

den Staat zum Begleichen ihrer Wettschulden. Auch gegenüber Großunternehmen zeigen sich die Staaten gönnerhaft. Diese werden mit Interventionen, Subventionen und Steuervorteilen gegenüber kleinen Unternehmen vor dem Marktmechanismus geschützt. Wie sozial orientiert das Handeln der politischen Mächte tatsächlich ist, zeigt das Ergebnis: die Umverteilung nach oben.

Als „Markt der Meinungen“ lässt sich Demokratie heute kaum noch beschreiben. Vielmehr sind die politisch Mächtigen primär darauf bedacht, sich und ihre Parteien zu vermarkten und damit in gewissem Sinne auch Meinungen zu erkaufen. In der „Postdemokratie“ (Colin Crouch) werden Entscheidungen im Zusammenwirken nicht gewählter EU-Politiker und -Organe, Lobbyisten, Experten und Verwaltungsgremien getroffen und mittels Marketing an die Stimmbürger verkauft. Die freie Wahl ist nur noch Ritual. Sogar die großen seriösen Medien Deutschlands haben sich jüngst dem Verdacht ausgesetzt, in allzu großem Gleichklang der Regierungslinie zu folgen und lieber Meinung zu machen, als kritisch infrage zu stellen.

**Staatsmacht und „Märkte“ haben sich eng verflochten und spielen zusammen, wenn auch nicht freiwillig.**

Dabei haben sie ein Stück weit ihre Rollen vertauscht: Während die Politik sich am „Standortwettbewerb“ orientiert und der Selbstvermarktung oberste Priorität einräumt, haben sich die Märkte in Mächte verwandelt. Nicht länger stehen Markt und Staat einander gegenüber, sondern zwei Mächte ringen um die Vorherrschaft. Oligarchen und Verwaltungsbeamte, Bankster und Polittrickster schancen einander Gelder zu, denen

längst kein realer Wert mehr gegenübersteht. Während das gemeinsam geschöpfte Geld in der Kreditblase zwischen den beiden Mächten zirkuliert, werden all jene, die in die Realwirtschaft involviert sind, von Finanzinstitutionen und Staaten gleichermaßen finanziell ausgesaugt. Dass zugleich Steuern erhöht und Sozialleistungen gekürzt werden, ist eine europäische Normalität geworden. Dass Banken keine Zinsen mehr bezahlen, keine unbesicherten Kredite mehr vergeben und nicht in realwirtschaftliche Innovationen investieren, ist man auch schon gewöhnt. Die schlimmste Folge des geldschöpferischen Zusammenspiels von Politik und Finanzkapitalisten aber ist die reale Wirtschaftskrise, in der das Wachstum stagniert und die Arbeitslosigkeit wächst.

#### Ohnmächtige Zuschauer

Profiteure dieser Ausblutung der zum Produktivsein verdammt niederen Bevölkerung sind die beiden Mächte Hochfinanz und Verwaltungshoheit. Beide haben sich zu einer Größe ausgedehnt, die ihre ursprünglich wertvollen Funktionen weit überschritten hat. Eine Finanz, die nicht mehr finanziert, und ein Staat, der von unten nach oben umverteilt, können nicht mehr als produktiv und den Menschen dienlich beschrieben werden, sondern als parasitäre Machtformation mit feudalen Strukturen. Vor der bürgerlichen Revolution war das Volk nur ohnmächtiger Finanzier und Kanonenfutter für die Machtkämpfe rivalisierender Fürsten. In der aktuellen Refeudalisierung stehen einander zwei Parasiten – Finanzmacht und Staatsmacht – in einem theatralischen Schaukampf gegenüber, für den das Volk zu bezahlen hat.

**Um diese neue gesellschaftliche Verfassung bildhaft zu verstehen, bietet sich ein Fußballmatch an:**

Auf dem Spielfeld ringen zwei Rivalen um die Vorherrschaft, wobei ihre Anstrengung unproduktiv ist und der Wunsch nach Vormachtstellung reiner Selbstzweck. Das Volk als Publikum kann dabei nur ohnmächtig zusehen, sich mit der einen oder anderen Mannschaft identifizieren und für die Veranstaltung bezahlen. Ganz ähnlich geht es den Realwirtschaftlern mit ihrem Doppelparasiten. Sie dürfen beide Mächte dafür bezahlen, dass sie um die Vormachtstellung ringen. Sie dürfen sich obendrein auf die eine oder andere Seite schlagen und jubelnd deren Selbstlegitimationsdiskurse weitertragen.

**Wie alle Feudalherren sind auch unsere heutigen an funktionierenden Märkten nicht interessiert.**

Und die Politik ist deshalb nicht interessiert, weil sie von ihrer Selbstinszenierung als rettender Gegenspieler des bedrohlichen Marktes nicht lassen kann, ohne Stimmen zu verlieren. Oligarchen werden von funktionierenden Märkten bedroht, weil diese Konkurrenten zulassen. Konkurrenz minimiert Renditen und zerstört Renten und Privilegien. Der freie Markt hat also schlechte Karten. Und eine schlechte Presse. Denn im öffentlichen Diskurs missbrauchen Rechte den Marktbegriff zur Verschleierung ihrer Machtinteressen, während Linke ihnen dabei auf den Leim gehen, weil sie den Markt schon als Übel angesehen haben, als er noch funktionierte und noch nicht vermachtet war.

**Machtverhältnisse lassen sich offenbar schneller umpolen als Diskursachsen.**

Betrachtet man die reale Interessenlage, sitzen nun Arbeitgeber und Arbeitnehmer im gleichen Boot bürgerlicher Realwirtschaft und müssten folglich gemeinsam gegen die zwei ausbeutenden Mächte und für die Wiederherstellung des Marktmechanismus kämpfen. Doch die Parteien und ihre Argumentationen kleben am Schema des 19. Jahrhunderts fest, das Bild des armen Arbeiters gegen das des reichen Fabrikanten auszuspielen. So bleibt



undenkbar, zwischen produktiv erworbenem und reinvestiertem Kapital einerseits und Glückspielgewinn andererseits zu unterscheiden. Oder den Marktmechanismus zu fördern, anstatt die Marktmächtigen. Oder das von der Zentralbank geschöpfte Geld den Konsumierenden und Investierenden zukommen zu lassen, anstatt den Kasinospielern und Funktionären.

Doch nicht nur im Plündern der Taschen gehen Staats- und Wirtschaftsmächte Hand in Hand. Auch bei der Produktion von Normierungen kooperieren Bürokraten und Lobbyisten bestens, wenn auch nicht unbedingt zum Vorteil der Konsumenten, ganz sicher jedoch zum eigenen Gewinn. Ist jemand als Beamter für die Normenproduktion eingestellt, muss er auch im folgenden Jahr genügend viele erfinden, um seinen Job weiterhin zu legitimieren. Die Lobbyisten großer Produkthersteller fordern immer strengere Sicherheitsstandards ein, um eine neue Generation ihres Produkts auf dem Markt durchsetzen zu können, für die es seitens der Konsumenten keine Nachfrage gäbe. Ingenieure erhalten ungeahnte Betätigungsfelder bei der Entwicklung dysfunktionaler Funktionen, die nur eine Verteuerung rechtfertigen sollen, ebenso wie bei der Normüberwachungs-Technologie. Nur noch der unfreiwillige Konsum, wie etwa beim Rauchmelderzwang, kann Branchen zum Wachstum verhelfen.

**Auch für Architekten ändert sich einiges.**

Ihr Berufsbild bewegt sich vom freien Entwerfer zum Umsetzer von Normen mit immer kleinerem Gestaltungsspielraum. Die Hoffnung, eine Traumvilla für Oligarchen zu bauen, scheitert an deren Liebe zu rosa Rokoko. Sparprogramme und stagnierende Wirtschaft heben die Laune keineswegs. Und auf der Großbaustelle hat nicht mehr der pragmatische und menschliche Polier das Sagen, denn alles muss überwacht und dokumentiert werden, seit Versicherungen und Anwälte (ein weiterer Doppelparasit) die Haftungsfrage zur wichtigsten Frage des Baugeschehens erheben konnten.

Der Markt hat die Macht? Es ist umgekehrt: Zwei Mächte haben sich des Marktes bemächtigt. 1848 ist es gelungen, das Feudalsystem zu entmachten. Vielleicht gelingt das ja ein zweites Mal. ■





Der Film „The Bull Laid Bear“ thematisiert die Ursachen für die sich in Europa ausweitende Wirtschaftskrise und macht sich über einige Rechtfertigungen für Bankenrettungen und Sparpakete lustig. Er basiert auf Interviews mit dem Wirtschafts-kriminologen William K. Black, Yves Smith, der Verfasserin des Blogs „Naked Capitalism“, Tiffiniy Cheng, der Kampagnenkoordina-torin von „A New Way Forward“ und Gerald Epstein, dem Ko-Direktor des Political Economy Research Institute in Amherst, Massachusetts. Zu-sammen mit handge-zeichneten Animationen wird das Interview-Material für die Gestal-tung einer mehr oder weniger fiktiven Welt verwendet, in der ver-brecherische Banker und korrupte Gerichte den Ton angeben.

Zanny Begg & Oliver Ressler: The Bull Laid Bear, 2012, Film, 24 min.



## Glokalisierung | Raumorganisation und Bildproduktion

Bereits vor der weltweiten Finanzkrise, die inzwischen auch die europä-ische Wirtschaft, die öffentlichen Haushalte und die privaten Lebens-lagen erreicht hat oder diese zumindest beeinflusst, haben sich in Europa die Rahmenbedingungen für die Entwicklung von Regionen und Städten verändert und beeinflussen die Gestaltung konkreter städtebaulicher und architektonischer Projekte.

Christiane Feuerstein ist Architektin in Wien. Sie forscht und publiziert zu den vielfältigen Ver-bindungen von Architek-tur, Stadtplanung und Stadterneuerung mit gesellschaftsrelevanten Themen.

Globalisierung + Lokalisierung = Glokalisierung  
Transportwege waren immer auch Wege der Infor-mationsübermittlung. Bereits die frühen Handels-routen, die Länder über den ganzen Erdball hinweg miteinander verbanden, etablierten ein Wegenetz zur Verteilung und Kanalisierung von Bewegungs- und Informationsströmen. Auf diesen Wegen, die sich weit in die Geschichte hinein zurückverfolgen lassen, wurden nicht nur Waren, sondern auch Ge-schichten und Informationen aus unterschiedli-chen Kulturkreisen transportiert. Erst im 19. Jahr-hundert gab es erstmals große Anstrengungen, „Lokalitäten auf internationaler oder ökonomischer Basis miteinander zu verbinden“<sup>1</sup>. Imperialismus und Kolonialismus führten zu einer intensiveren, globalen Vernetzung Europas mit unterschiedlichen Kulturräumen auf allen Kontinenten. Neue Formen des Austauschs, wie z. B. die seit 1851 stattfindenden Weltausstellungen, wurden geschaffen. Sie ermög-lichten sowohl einen Transfer von technologischem Wissen als auch die Zurschaustellung nationaler Leistungen.

Nahezu zeitgleich „rückten“ – verbunden durch die ersten Eisenbahnen – bisher weit entfernte Orte „näher zusammen“. Der Übergang von der Kutschen-zur Eisenbahntechnik veränderte die Wahrneh-mung räumlicher Entfernungen, die bis dahin vor allem durch die sinnliche Anschauung animalischer Erschöpfung erfahren wurde. Indem „die sinnliche Anschauung der Erschöpfung verlorengelst, geht die der räumlichen Entfernung verloren“<sup>2</sup>.

Die Eisenbahn begünstigte nicht nur Konzen-trationsprozesse in Handel und Industrie, sondern förderte auch das Wachstum der europäischen Großstädte und wurde damit zum treibenden Motor von Industrialisierung und Urbanisierung. Techni-sche Beschleunigung und die weltweite Ausdehnung von Verkehrsnetzen führten zu einer Steigerung von Reichweiten und Handlungsmöglichkeiten und begünstigen eine räumliche Differenzierung und arbeitsteilige Organisation des Raums. Die Rela-tion zwischen geografischer Entfernung und dem zur Distanzüberwindung erforderlichen Zeitauf-wand sowie der Sprung in Maßstab und Geschwin-digkeit führten zu einer ersten Dynamisierung wirtschaftlichen und urbanen Wachstums.

In den europäischen, sich industrialisierenden, rasch wachsenden Städten entwickelten sich vor dem Hintergrund allgemeiner Freizügigkeit – des Rechts auf freie Wahl des Wohnorts und einer sprunghaften Bevölkerungszunahme – Boden- und Immobilienmärkte. Bauindustrie und Immobi-

lienwirtschaft verbanden – in Reaktion auf den massenhaften Wohnungsbedarf – den Wohn- und Städtebau mit spekulativen Gewinnerwartungen. Die Stadtverwaltungen übernahmen mit dem Ausbau städtischer Versorgungs- und Verkehrsinfrastruk-turen die für die Existenz der privaten städtischen Haushalte notwendigen Leistungen, die von den privaten, gewinnorientierten Akteuren nicht getra-gen wurden.<sup>3</sup>

„Globalität“ und „Lokalität“  
Die expandierenden europäischen Metropolen wur-den um 1900 zu Knotenpunkten von weit über den nationalstaatlichen Rahmen hinausreichenden wirt-schaftlichen Verflechtungen:

Handelsbeziehungen umspannten den gesam-ten Globus, Börsen reagierten in allen Erdteilen aufeinander und die Telegrafie unterstützte eine schnelle internationale Kommunikation.

Die nationalstaatlichen, Grenzen überschreitenden Interaktionen verbanden – wirtschaftlich, sozial und kulturell – geografisch weit entfernte Orte. Es ent-standen neue räumliche Zusammenhänge, die sich nicht mehr an einem geografisch erfassbaren Ort lokalisieren ließen. Der Raum trennte sich vom Ort.<sup>4</sup>

Die raumzeitliche Abstandsvergrößerung, die zu neuen Verknüpfungen sozialer Tätigkeiten und Ereignissen führte, ist für den britischen Soziologen Anthony Giddens „das“ charakteristische Element der Globalisierung: „Definieren lässt sich der Begriff der Globalisierung demnach im Sinne einer Intensi- vierung weltweiter sozialer Beziehungen, durch die entfernte Orte in solcher Weise miteinander ver-bunden werden, dass Ereignisse an einem Ort durch Vorgänge geprägt werden, die sich an einem viele Kilometer entfernten Ort abspielen und umgekehrt. Dies ist ein dialektischer Prozess ...“<sup>5</sup>

„Globalität“ und „Lokalität“ sind relativ zu se-hende Begriffe, denn in der räumlichen Vorstellung ist die Dorfgemeinschaft im Verhältnis zum Natio-nalstaat lokal, ebenso erscheint der Nationalstaat im Verhältnis zum Kulturraum beziehungsweise einer Staatengemeinschaft lokal und so weiter.<sup>6</sup>

Die weltweite Intensivierung wirtschaftlicher und sozialer Beziehungen hat die Wahrnehmung von Raum und Zeit am Beginn des 20. Jahrhunderts gra-vierend verändert und zu „einer Standardisierung von Raum und Zeit“<sup>7</sup> geführt, die in den 1980er-Jah-ren als eine Tendenz zur Einheitlichkeit, zur glo-balen Homogenisierung sowie zur Entortung sozialer und wirtschaftlicher Prozesse in vielen Bereichen sichtbar wurde. Lokale Differenzen schienen zu verschwinden. Der verstärkte Wunsch nach der Be-wahrung lokaler Eigenarten spiegelt sich auch im damals begonnenen wissenschaftlichen Diskurs über Orte wider. Orte, verstanden „als geografisch lokalisierte, durch ihre Geschichte und materielle

<sup>1</sup> Robertson, Roland: Glokalisierung: Homoge-nität und Heterogenität in Raum und Zeit, in: Beck, Ulrich (Hg.): Perspektiven der Weltgesellschaft, Frankfurt am Main 1998, S. 210.

<sup>2</sup> Schievelbusch, Wolfgang: Geschichte der Eisenbahnreise. Zur Industrialisierung von Raum und Zeit im 19. Jahrhundert [1977], Frankfurt am Main – Berlin – Wien 1979, S. 18.

<sup>3</sup> Vgl. Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter: Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wan-del und Ausdifferenzie-rung des Wohnens, Wein-heim – München 1996, S. 21.

<sup>4</sup> Vgl. Giddens, Anthony: Konsequenzen der Moderne, Frankfurt am Main 1995, S. 30.

<sup>5</sup> Ebd., S. 85

<sup>6</sup> Vgl. Robertson, a. a. O., S. 202.

<sup>7</sup> Ebd., S. 210.



Gestalt bestimmte Schauplätze alltäglicher Aktivitäten, die mit Sinn und Bedeutung belegt sind“<sup>8</sup>.

Das Lokale, gleichgesetzt mit Heterogenität, und das Globale, gleichgesetzt mit einer hegemonialen Homogenität, wurden als entgegengesetzte Pole betrachtet – eine Position, die zum Teil auch heute noch vertreten wird. So sieht der scharfe Kritiker der ökonomischen Globalisierung und des Neoliberalismus, der Geograf David Harvey, in der Idee des Lokalen eine Form der Opposition gegen hegemoniale Ansprüche. Orte sind aus seiner Sicht daher potenzielle Widerlager der Globalisierung, während die Humangeografin Doreen Massey Orte als „Kreuzungspunkte translokaler Prozesse“<sup>9</sup> definiert.

### Glokalisierung

Andere Positionen bemühen sich, differenziert mit „der Dynamik und Reproduktion von Differenz und im weitesten Sinne von Lokalität“<sup>10</sup> umzugehen. So hat für Anthony Giddens der Prozess der Globalisierung zu einem dis-embedding, zu einer Ortlosigkeit des modernen Menschen geführt, die dieser durch re-embedding, eine Rückbettung, zu kompensieren versucht.<sup>11</sup>

**Der Bedeutungsgewinn des Lokalen und Regionalen ist daher kein Gegentrend zur Globalisierung, sondern ein komplementärer Prozess.**

Meine weiteren Überlegungen zur Problematik des „Globalen – Lokalen“ folgen daher den Gedanken des britischen Soziologen Roland Robertson, der die Auseinandersetzung um Homogenisierung versus Heterogenisierung für überholt hält.<sup>12</sup> Es ist für ihn nicht eine Frage des „Ob“, sondern eine Frage des „Wie“. Mit seinem Konzept der „Glokalisierung“ konzentriert er sich auf die Möglichkeiten, wie globale und lokale Tendenzen, wie „Homogenität und Heterogenität bzw. Universalismus und Partikularismus miteinander zu verbinden sind“.<sup>13</sup> Für die komplexe, wechselseitige Verschränkung von Globalisierung und (Re-)Lokalisierung, von Gleichschaltung und Differenzierung, prägte er den Begriff „Glokalisierung“ – eine Synthese aus den Worten global/Globalisierung und lokal/Lokalisierung.

### Sozio-ökonomischer Strukturwandel und Raumorganisation

Zu den elementaren Ursachen des aktuellen sozio-ökonomischen Strukturwandels, dessen Anfänge bereits in die 1970er-Jahre zurückgehen, gehören vor allem Innovationen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, welche die globale Vernetzung unterstützen, aber auch die Aufhebung nationalstaatlicher Handels- und Investitionsbeschränkungen sowie die Deregulierung der Finanzmärkte. In den letzten Jahrzehnten wurde nicht nur der physische Transport von Personen und Gütern, sondern auch die virtuelle Präsenz von Daten und Informationen systematisch optimiert. Mit der ständig steigenden Mobilität von Personen so-

wie von Kapital, Waren und Informationen erfährt der sich ständig verstärkende und beschleunigende Prozess von Interaktionen über große geografische Distanzen hinweg eine extreme Intensivierung und Verdichtung.

Die veränderten Bedingungen, unter denen Zeit und Raum strukturiert<sup>14</sup> werden, führen erstens zu neuen Formen der Organisation von Arbeit, zweitens zu Veränderungen der Alltagskultur und zur Entstehung neuer Konsumwelten und drittens zu einer Parallelität von wachsenden und schrumpfenden Städten und Regionen.

### Neue Formen der Organisation von Arbeit

Technische Basis ist die Digitalisierung, die in vielen Bereichen an die Stelle der auf analogen Technologien basierenden Automatisierung getreten ist. Arbeitsteilige Prozesse können nun nicht mehr nur innerbetrieblich, sondern auch über große geografische Distanzen hinweg und „in-time“ organisiert werden. Dies ermöglicht eine gleichzeitige Internationalisierung und Dezentralisierung der Produktion und damit eine Optimierung von Standortvorteilen in einer bisher ungeahnten Intensität.<sup>15</sup> In Europa führte diese Entwicklung zu einer Reduktion bzw. Verlagerung der industriellen Produktion in außereuropäische Länder und zu einer steigenden Produktivität im Bereich der neuen wissensbasierten Produktionen, der Dienstleistungen und der Finanzwirtschaft.

### Veränderung der Alltagskultur und Entstehung neuer Konsumwelten

Die neuen, standortunabhängigeren Produktionsformen haben zu einer Reduktion der Nine-to-five-Jobs geführt und fordern von den Beschäftigten eine erhöhte Flexibilität. Mit der Reduktion struktureller Kontinuitäten in wirtschaftlichen Tätigkeiten ist eine allgemeine Lockerung der Formen sozialer Interaktionen verbunden. Bisher gewohnte Muster und Übereinkünfte über die Art zu arbeiten und zu leben werden in Frage gestellt.

### Die lineare Arbeitsbiografie und tradierte Lebensformen erodieren:

Es ist immer weniger üblich, einen Beruf, einen Arbeitgeber, einen Arbeitsort, eine Ehe und immer gleich getaktete Arbeitstage und Ladenöffnungszeiten zu haben. Aktivitäten, die bisher in einer raumzeitlichen Kontinuität organisiert waren, nämlich an einem Ort, in einem Unternehmen, in einem Arbeitsverhältnis, in einer Lebensbeziehung, werden zerlegt und neu organisiert. Die Grenzen zwischen den Lebensbereichen – „Arbeiten“, „Wohnen“ und „Entspannen“ – werden fließend, denn nur diese Form der „Flexibilisierung“ ermöglicht es, auch im privaten Leben Einzelaktivitäten in ihrer Organisation, in ihrer Effektivität und in ihrer Lokalität jeweils für sich zu optimieren.

Die Entstehung der Wissens- oder Dienstleistungsgesellschaft verstärkt das Interesse an Orten mit einer leistungsfähigen, unterstützenden und

<sup>8</sup> Hauser, Susanne: *Orte und Identitäten. Zur Einführung*, in: Hauser, Susanne/Kamleithner, Christa/Meyer, Roland (Hg.): *Architekturwissen. Grundlagentexte aus den Kulturwissenschaften. Zur Logistik des sozialen Raums*, Bd. 2, Bielefeld 2013, S. 26.  
<sup>9</sup> Ebd., S. 33.  
<sup>10</sup> Robertson, a. a. O., S. 199.  
<sup>11</sup> Vgl. Giddens, a. a. O., S. 103.  
<sup>12</sup> Vgl. Robertson, a. a. O., S. 196.  
<sup>13</sup> Ebd.  
<sup>14</sup> Giddens, a. a. O., S. 24.  
<sup>15</sup> Vgl. Brake, Klaus: *Reurbanisierung – Interdependenzen zum Strukturwandel*, in: Brake, Klaus/Herfert, Günter (Hg.): *Reurbanisierung. Materialität und Diskurs in Deutschland*, Wiesbaden 2012, S. 23.







In keinem anderen Staat werden mehr Rohstoffe gehandelt als in der Schweiz. Dennoch gelangen Rohöl, Kupfer, Aluminium, Kohle oder Weizen in diesen Transaktionen nie auf Schweizer Territorium. Der Handel wird zur Gänze im virtuellen Raum abgewickelt. Die Zentralen der Rohstoffkonzerne, die zu den umsatzstärksten Unternehmen der Welt gehören, sind für die Öffentlichkeit weitgehend unsichtbar. Sie befinden sich meist in den oberen Stockwerken unauffälliger Bürogebäude. Diese Unsichtbarkeit in der Schweiz steht in krassem Gegensatz zu den deutlich sichtbaren, oft katastrophalen Auswirkungen, die Rohstoffabbau und -handel in den Abbaubieten haben.

Oliver Ressler: The Visible and the Invisible, 2014, Digitaldruck

<sup>16</sup> Ebd., S. 23f.

<sup>17</sup> Vgl. Hauser, Susanne: *Märkte, Eigentum und Verwertung. Zur Einführung*, in: Hauser u. a. (Hg.): *Architekturwissen*, a. a. O., S. 304.

<sup>18</sup> Vgl. Robertson, a. a. O., S. 201.

<sup>19</sup> Vgl. Eisinger, Angelus/Seifert, Jörg: *urban reset. Freilegen immanenter Potenziale städtischer Räume*, Barcelona–Basel–New York 2012, S. 7.

<sup>20</sup> Hauser, Susanne: *Industriearale als urbane Räume*, in: Siebel, Walter (Hg.): *Die europäische Stadt*, Frankfurt am Main 2004, S. 148.

<sup>21</sup> Vgl. Feuerstein, Christiane: *Anfänge der sanften Stadterneuerung. Die Entdeckung der alltäglichen Stadt*, in: Feuerstein, Christiane/Fitz, Angelika: *Wann begann temporär? Frühe Stadtinterventionen und sanfte Stadterneuerung in Wien*, Wien–New York 2009, S. 44ff.

entsprechend qualifizierten Infrastruktur, die sich als komplexe Optionsräume präsentieren.<sup>16</sup> Die Beschäftigten der neuen Dienstleistungsökonomie legen Wert auf – zum Teil sehr exklusive – Angebote, zu denen nicht nur kulturelle Einrichtungen, wie Museen, Bibliotheken, häufig in Kombination mit Restaurants und Cafés, sondern auch aufwändige, teilweise neu renovierte, möglichst in geschichtsträchtigen Innenstädten gelegene Wohnungen gehören.<sup>17</sup> Gebrauchs- und Zeichenwert lassen sich in der Praxis oft nicht immer klar unterscheiden. „Auf jeden Fall leben wir in einer Welt, welche die alltäglichen Verflechtungen des Ökonomischen und des Kulturellen zunehmend anerkennt.“<sup>18</sup>

Die neuen Konsumwelten haben inzwischen die im wohlfahrtsstaatlichen Rahmen etablierte standardisierte Massenproduktion von Gütern und den damit verknüpften Massenkonsum abgelöst. Im Gegensatz zu früher, wo ein Produkt in allen Ländern gleich vermarktet wurde, bemühen sich global agierende Konzerne heute, ihre Produkte „kulturadäquat“, das heißt, angepasst an regionale Gewohnheiten und Wertesysteme, zu vermarkten. Die Produktpaletten werden durch spezielle Angebote entsprechend diversifiziert und tragen damit zu einer Konstruktion zunehmend differenzierter Verbrauchermärkte bei, die sowohl die unterschiedlichen finanziellen Möglichkeiten als auch die verschiedenen Lebensstilgewohnheiten der jeweiligen Zielgruppe berücksichtigen.

#### Parallelität von wachsenden und schrumpfenden Städten und Regionen

Die sich ändernden Formen der Produktion und die damit verbundene Verlagerung von Produktionsstandorten haben lokal ganz unterschiedliche Auswirkungen und führen zu regionalen Auf- und

#### In den letzten Jahrzehnten haben in Europa viele bisher industriell geprägte Städte und Regionen ihre ökonomische Basis verloren.

Abwertungen und einer Parallelität von schrumpfenden und wachsenden Städten und Regionen. Diesen de-industrialisierten, oft von dramatischen Schrumpfungsprozessen betroffenen Regionen stehen neue Zentren gegenüber, deren Stadtbild von Kultur, Entertainment und Shopping geprägt ist und die sich als Reiseziele für eine boomende Tourismusbranche vermarkten.

Die regionalen Auf- und Abwertungen spiegeln sich auch in demografischen Veränderungen wider: Schrumpfende, wirtschaftlich wenig attraktive Regionen verlieren Einwohner und überaltern, während wirtschaftlich prosperierende Regionen und Städte einen Bevölkerungszuwachs zu verzeichnen haben. Vor allem jüngere Menschen wandern in die Wachstumsregionen mit attraktiveren Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten ab, während die ältere, häufig weniger gut ausgebildete Bevölkerung in den strukturschwächeren, peripheren Regionen bleibt. Verstärkt wird diese Entwicklung durch die sich kontinuierlich verschlechternde Erreichbarkeit (vor

allem mit öffentlichen Verkehrsmitteln) strukturschwacher Regionen, da Räume, die keine Funktion mehr haben, aus den Verkehrskreisläufen herausfallen. Die Möglichkeiten selbstbestimmter Mobilität sind dadurch ungleich verteilt, und nicht alle können – wie die gut ausgebildeten Kreativen – die neuen Möglichkeiten internationaler Vernetzung für sich nutzen. Die aktuellen Globalisierungsprozesse eröffnen somit verschiedenen Bevölkerungsgruppen unterschiedliche Handlungsräume. Zunehmende Mobilität und der Bedeutungsverlust räumlicher Grenzen und Entfernungen sind daher differenziert zu betrachten.

#### Transformationsprozesse und Bildproduktion

Die Stadtstruktur vieler europäischer, aber auch nordamerikanischer Städte ist durch die großen städtebaulichen Setzungen des Industriezeitalters, wie Häfen, Bahnhöfe oder industriell genutzte Flächen, geprägt.<sup>19</sup> Mit der Reduktion der industriellen Produktion verlieren diese Orte ihre ursprüngliche Funktion und Leistungsfähigkeit und werfen als städtische Leerstellen die Grundsatzfrage nach einem angemessenen Umgang auf. So werden bereits seit den 1970er-Jahren die Folgen der De-Industrialisierung in Bezug auf die Stadt- und Regionalentwicklung diskutiert. Mit der Aufgabe der industriellen Nutzung waren die vormaligen Industrieareale ökonomisch entwertet, und die Stadtverwaltungen bemühten sich zunächst um eine erneute gewerbliche, gewinnbringende Nutzung, was jedoch häufig – aufgrund des prinzipiellen Strukturwandels – misslang.

Die „Rückeroberung des Geländes für die Imagination des Stadtraumes“<sup>20</sup> war somit keinesfalls sofort gegeben. Doch machten der günstige Preis und ein Erodieren und Umdeuten des Schönheitsbegriffs, der zu neuen ästhetischen Sichtweisen führte, diese Areale für Künstler und finanzschwache Kulturinitiativen interessant. Diese hatten, zunächst in New York und anderen großen Städten, schon in den 1960er-Jahren begonnen, in nicht mehr genutzten Industriebauten Ateliers einzurichten, die an anderen Orten der Stadt unbezahlbar gewesen wären. Die Industriebrachen boten nicht nur viel Platz für unterschiedlichste kulturelle Aktivitäten, wie Ausstellungen, Techno-Events oder andere Musik- und Kunstergebnisse, sondern auch Spielraum für die Erprobung neuer ästhetischer Prinzipien und künstlerischer Konzepte.<sup>21</sup>

In London oder Amsterdam wurden die Künstler bald von den aufgegebenen Gewerbe- und Industriegebieten verdrängt (Gentrifizierung) und die Flächen zur Ansiedlung neuer wissensbasierter Industrien oder für die Entwicklung neuer Wohnstandorte genutzt. So entstanden ab den 1980er-Jahren, z. B. auf den Londoner Docklands, neue Stadtteile mit gemischten Nutzungen, die Wohn- und Neubauten mit Schulen, Veranstaltungsräumen, Geschäften, Gastronomie und öffentlichen Freiflächen verbanden. In wachsenden und prosperierenden Städten und Regionen wurden die ehemaligen Hafen- und Industrieanlagen bald zu willkommenen innenstadtnahen bzw. innerstädtischen Flächenpotenzialen, und





Das Projekt „Resist to Exist“ wendet Aktivitäten an, die die Protagonist/innen sozialer Bewegungen wie die Piqueteros in den Aufständen während der Krise in Argentinien 2001 praktiziert haben. Für sie wurde das Zerstören von Zäunen und deren Wiederverwendung als Gerätschaften, um Essen zuzubereiten, zu einem Akt des Überlebens. Um zu existieren, wurden die Grenzen zu dem, was als unverrückbar schien, aufgebrochen.

Oliver Ressler: Resist to Exist, Projekt im öffentlichen Raum in Kopenhagen, 2011

die wirtschaftliche Entwicklung unterstützte die Re-Definition von Funktionen sowie die Integration der neu genutzten Gebiete in das Gefüge der bestehenden Stadt.

In vielen von der De-Industrialisierung betroffenen Städten und Regionen ließen sich jedoch nicht so schnell neue gewerbliche oder andere gewinnbringende Nutzungen finden, und die aufgegebenen Gewerbe- und Industriegebiete wurden als Krisen- und Armutssymptom wahrgenommen.

Hier galt es nicht, für ein Teilgebiet einer wachsenden Stadt eine neue Nutzung zu finden, hier musste für die – häufig von Abwanderung betroffene – gesamte Stadt bzw. Region eine neue Zielvorstellung, eine neue Vision, entwickelt werden. Diese Orte erforderten eine andere Strategie, da für die gesamte Stadt als wirtschaftlicher Standort gewonnen werden musste. Die inzwischen geforderten neuen Standortqualitäten stimmten nur teilweise oder gar nicht mit den Anforderungen an Industriestandorte überein. Während im Industriezeitalter – wie viele Wirtschaftsgeografische Positionen es darlegen – zu den bestimmenden „harten“ Standortfaktoren vor allem die Verkehrsanbindung (Auto, Zug, Flugzeug, Schiff), die Energieversorgung, die

Ressourcenverfügbarkeit, das Arbeitskräftepotenzial sowie Steuern und Abgaben gehörten, spielen heute soziale, kulturelle und politische Prozesse eine zunehmend wichtigere Rolle. Städte, die global agierende, hochtechnisierte Betriebe und Dienstleistungsunternehmen und deren international tätige, hochqualifizierte Arbeitskräfte ansprechen wollen, müssen diesen – unter Berücksichtigung der zunehmenden Pluralität von Lebensstilen – ein attraktives Umfeld bieten. Dazu gehören kurze Kommunikationswege, repräsentative Bürobauten und Wohnungen, Bildungs- und Kulturangebote, vielfältige Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und des Konsums sowie ein Anschluss an den globalen Flugverkehr.

#### Der „Bilbao-Effekt“

Kultur hat als „weicher“ Standortfaktor seit den 1980er-Jahren beständig an Bedeutung gewonnen. Spätestens seit der Fertigstellung des von Frank O. Gehry entworfenen Guggenheim Museums in Bilbao im Oktober 1997 ist ein Museum nicht mehr nur ein Museum, sondern elementarer Teil einer Gesamtstrategie zur Regeneration von Städten und ihrer Wirtschaft. Im journalistischen Sprachge-



brauch wurde es rasch zur „Ikone“, zu einem „Wunder“, zu einem „Retter einer notleidenden Region“ stilisiert. Das Wechselverhältnis von baulich-materieller Manifestation und medialer Berichterstattung führte zum sogenannten „Bilbao-Effekt“ – der Behauptung, mit einem einzigen kulturellen Bauwerk ein Wirtschaftswunder auszulösen.<sup>22</sup> Dahinter lag jedoch ein komplexes innerstädtisches Sanierungskonzept, das die Transformation einer alten Industrie- und heruntergekommenen Hafenstadt zu einem neuen Zentrum wissensintensiver wirtschaftlicher Dienstleistungen sowie Handel und Tourismus ermöglichte. Elementare Bestandteile waren Investitionen in die technische Infrastruktur der Stadt, wie der Bau einer Metro von Norman Foster, eines Flughafens von Santiago Calatrava, ein neues Abwassersystem und Luft- sowie Wasseraufbereitungsanlagen.

Dass viele dieser Projekte keinen Bezug zum Museum hatten und zum Teil viel früher fertiggestellt worden waren, tat dem Mythos keinen Abbruch. Viele Stadtverwaltungen glaubten, „dass der ‚Bilbao-Effekt‘ sich in einer Stadt nach der anderen reproduzieren ließe. Die Ruinen dieses irre-führenden Systems, das häufig versagt und sogar

den Bürgern die Rechnung für das Versagen der Politiker überlässt, sind an vielen Orten sichtbar.“<sup>23</sup> Dabei zeigt gerade das Beispiel Bilbao, wie wesentlich ein ganzheitlich ausgerichtetes Vorgehen bei der Umgestaltung einer Stadt ist.

Re-Vitalisierung und Re-Programmierung sind inzwischen wichtige Aufgabengebiete aktueller Architekturproduktion und Stadt- bzw. Regionalentwicklung geworden. Großräumige, durch öffentliche Gelder geförderte Stadtumbauten sollen – national und europaweit – Rahmenbedingungen für neue ökonomische Entwicklungen schaffen. Auf unterschiedlichsten Maßstabsebenen wurden neue Formate, wie z. B. die Internationale Bauausstellung Stadtumbau Sachsen-Anhalt (2002 – 2010), geschaffen, an der 19 Städte mit Themen wie Homöopathie als Entwicklungskraft (Koethen) oder Urbane Kerne – landschaftliche Zonen (Dessau-Roßlau) teilgenommen haben.<sup>24</sup> Initiativprojekte wie Shrinking Cities – Schrumpfende Städte, das zwischen 2002 und 2008 von der Kulturstiftung des Bundes<sup>25</sup> unter dem Kurator Philipp Oswalt konzipiert und organisiert wurde, entwickelten neue Strategien zur Neuinterpretation oder Umkodierung vorhandener baulicher Strukturen.

<sup>22</sup> Vgl. Curtis, William J. R.: *Anmerkungen zum „Bilbao-Effekt“*, in: Wang, Wilfried (Hg.): *Kultur:Stadt*, Zürich 2013, S. 58ff.

<sup>23</sup> Ebd., S. 60.

<sup>24</sup> Vgl. <http://iba-stadtumbau.de> (19.08.2013).

<sup>25</sup> Vgl. [http://www.kulturstiftung-des-bundes.de/cms/de/programme/kunst\\_und\\_stadt/archiv/schrumpfende\\_staedte.html](http://www.kulturstiftung-des-bundes.de/cms/de/programme/kunst_und_stadt/archiv/schrumpfende_staedte.html) (19.08.2013).



„CityBranding“: Translokale Prozesse und Planung  
Inzwischen wird „das sogenannte Lokale zu einem großen Maß auf trans- oder superlokaler Ebene gestaltet“<sup>26</sup>. Nationalstaaten verlieren zunehmend an Bedeutung, und die Städte und Regionen treten nun nicht mehr nur auf nationaler Ebene, sondern direkt weltweit in Konkurrenz. Für lokale Akteure und Entscheidungsträger wird es zunehmend schwierig, lokale Entwicklungen zu beeinflussen, da über viele lokal wirksame Entwicklungen und Ereignisse, wie z. B. die Absiedlung von Betrieben, in sich irgendwo auf der Welt befindlichen Headquarters transnational agierender Gesellschaften entschieden wird. Der permanente globale Wettbewerbsdruck zwischen den Städten und Regionen und die Notwendigkeit, sich international zu profilieren, wird durch immer kurzfristigere Entscheidungen über Standortverlagerungen noch verschärft.

Diese Konkurrenzsituation hat dazu geführt, dass auch Stadtverwaltungen zunehmend eine „unternehmerische“ Haltung einnehmen und um Positionen in der globalen Arbeitsteilung, um Kontroll- und Steuerungsfunktionen und um öffentliche Gelder konkurrieren. Davon bleiben auch Stadt- und Regionalplanung nicht unbeeinflusst. Sie waren am Ende des 19. Jahrhunderts als Reaktion auf die dramatischen Wohnprobleme der europäischen Stadt entstanden.<sup>27</sup>

Die frühen Regelwerke von Reinhard Baumeister und Joseph Stübben waren von sozialreformerischen Ansätzen und hygienischen Argumenten geprägt. Auch in den am Beginn des 20. Jahrhunderts entstandenen Visionen städtischen Lebens, die im Kontrast zur bestehenden Stadt Licht, Luft und Sonne für alle forderten, waren Fragen nach dem Umgang mit Partikularinteressen, nach dem Verhältnis von privatem und öffentlichem Eigentum zentrale Anliegen. Le Corbusier verstand sich als „Raumarzt“, der Städtebau und Gesellschaft auf der Grundlage eines Planes verändern wollte. Eine Haltung, die bis in die 1970er-Jahre hinein Planungskonzepte dominierte und die in den meisten westlichen Industrieländern von einer Politik unterstützt wurde, die von der Idee geprägt war, dass negative Auswirkungen von Marktprozessen durch sozialstaatliche Maßnahmen ausgeglichen werden könnten und sollten. In den letzten vier Jahrzehnten wurde diese Position jedoch zunehmend von marktfundamentalistischen, neoliberalen Wirtschaftstheorien verdrängt. „Gleichzeitig werden Prinzipien des Wettbewerbs auf Bereiche ausgedehnt, wo diese bisher nicht galten, seien es Verwaltung, Bildung oder die öffentliche Daseinsvorsorge.“<sup>28</sup>

Damit halten nun auch bisher nur im privatwirtschaftlichen Bereich verwendete Managementkonzepte und Strategien Einzug in die Stadtverwaltungen.

Um sich von der internationalen Konkurrenz abzuheben, sind Alleinstellungsmerkmale gefragt und „CityBranding“ wird zum neuen Schlagwort. Während Planer an übergeordneten Leitbildern für städtische Entwicklungen und dem Ausgleich von Interessenskonflikten interessiert waren, geht es Marketingexperten vor allem um Imagemanagement. Stadtpolitiker und Marketingagenturen werden nicht müde, die Besonderheiten, das Ortsspezifische ihrer Städte zu betonen: Berlin gilt als sexy, München als gemütlich, Hamburg als kreativ ... Die Bilder dienen als symbolische Verdichtungsleistungen und sind ebenso wie architektonische Ikonen, Kulturbauten etc. wichtige Elemente einer Strategie, mit der um internationale Investoren, hochqualifizierte Arbeitskräfte und zahlungsfähige Touristen geworben wird.

#### Baukultur und Gedächtnis

Die Diskussion über die Identität von Orten hat zu einem neu erwachten Interesse an Baukultur beigetragen. In der aktuellen Konkurrenzsituation ist es wichtig geworden, „ein möglichst markantes Selbst- und Außenbild vorweisen und kommunizieren zu können; ein Prozess, in dem die Architektur nicht selten die Rolle einer unterstützenden Bildproduzentin übernimmt“.<sup>29</sup> Identität entsteht u. a. über das Erzählen von Geschichten, und eine Stadt erzählt ihre Geschichte entlang ihrer Bauten. „Allerdings trifft jede Entscheidung über Erhalt, Abriss oder Rekonstruktion baulicher Strukturen eine Auswahl aus vergangenen Zeitschichten und bringt andere Vergangenheiten zum Verschwinden.“<sup>30</sup>

Es stellt sich also die Frage, wer wessen Geschichte erzählt. Es nimmt daher nicht wunder, dass Entscheidungen über den Erhalt oder den Abriss von Bauwerken sowie über Eingriffe in städtebauliche Ensembles so häufig umstritten sind. Stadterneuerungsprojekte aber müssen immer die Frage nach Erhalt und Abriss von Bauwerken stellen. Die Relation zwischen Erfordernissen aktueller Um- und Neunutzungen und der materielle Erhalt baulicher Strukturen als Zeugnisse älterer Baukultur und Lebensweisen müssen im ortsspezifischen Kontext immer neu verhandelt werden. Eine alltäglich genutzte historische Bausubstanz erinnert „an die abgelebten Möglichkeiten städtischen Lebens“<sup>31</sup> und hält das Wissen wach, „dass auch die gegenwärtige städtische Realität nur eine von vielen Möglichkeiten städtischen Lebens darstellt“.<sup>32</sup> ■

## Investition, Abstraktion, Signatur |

Aspekte der Beziehung von Neoliberalismus und Architektur

**Neoliberale Marktorientierung – manche sagen wohl zurecht: Markt-dogmatismus und Architektur bzw. Stadtplanung stehen in so engen und vielfältigen Zusammenhängen, dass sich kaum eine erschöpfende Darstellung davon geben lässt. Daher wollen wir aus der Sicht einer Architektin und Urbanistin sowie eines Film- und Sozialtheoretikers drei Aspekte dieses Zusammenhangs streiflichtartig anhand eines konkreten, in Wien zurzeit zur Streitsache gewordenen Gebäudetypus, ansprechen: Es geht um Hochhäuser im Allgemeinen und die Projektierung eines Luxus-Wohnhochhauses im Anschluss an das Hotel Intercontinental im Besonderen. Beworben wird das konkrete Vorhaben unter dem Titel „das besondere Projekt“, und es ist auch tatsächlich, was die zentrale Lage in der Schutzzzone und den Werbeaufwand angeht, „besonders“.**

**Gabu Heindl** arbeitet als Architektin und Urbanistin, ist Vorstandsvorsitzende der ÖGFA und Mitglied im Architekturbeirat der BIG.

**Drehli Robnik** ist Film- und Sozialtheoretiker, Autor und Co-Editor von Büchern zu Ranciere und Kracauer; FWF-Projekt zur politischen Theorie des Horrorkinos.

#### Weniger Staat, mehr Kapital

Unter Neoliberalismus versteht man erstens, dass staatlich-politische und wirtschaftliche Akteure und Akteurinnen gemeinsam den Rückzug der öffentlichen Hand aus Planung und Finanzierung etwa von Wohnungs- und Städtebau vorantreiben. Dies zum Zweck, Investor/innen (wieder) mehr Spielraum in der Stadt zu geben und so Verwertungsbedingungen für das Kapital zu verbessern (wofür Deregulierung als Name steht). Unter anderem hat die steuerpolitische Entlastung großer Vermögen das Ihrige dazu getan, dass öffentliche Haushalte weniger Geld für Investitionen zur Verfügung haben, private Kapitalträger dafür umso mehr.

Im Fall des genannten Luxus-Wohnungsturms stellt sich dies so dar: Der Diskurs der Proponenten und Proponentinnen, auch seitens der Gemeinde, inszeniert einen urbanen Notstand: Was die „Schandfleck“-Diskussion rund um das Viertel beim Wiener Eislaufverein (analog zum Diskurs, der mit der Projektierung des Wien-Mitte Projekts einherging) bewirkt, wird in der kritischen Fachwelt „diskursiv induzierter Wertverlust“ genannt. Der Stadtteil wird „schlechtergredet“, was in der Dequalifizierung als „Schandfleck“, bezogen auf „Sands in the City“, kulminiert: Es handelt sich dabei um die Freizeitgastronomie-Einrichtungen auf dem künstlichen Strand, der in warmen Monaten das Eislaufplatzgelände nutzt, und ihre Kundschaft – beide natürlich von anderer Kaufkraft und anderem Habitus geprägt als die Klientel, auf welche der Luxus-Wohnungsturm zielt. Jedenfalls werden Fakten geschaffen und besteht alternativlose Dringlichkeit – in diesem Fall zu einer „Stadtreparatur“. (Das ständige Evozieren von TINA-Zuständen, also von Situationen, bei denen es heißt „There Is No Alternative“, zählt zu den Merkmalen des Neoliberalismus und verträgt sich seltsamerweise gut damit, dass Neoliberale stets Wahlmöglichkeiten und Freiheiten propagieren.) Im 2014 veröffentlichten „Masterplan Glacis“ ist die Fläche rund um den Eislaufverein bereits als „Stadtreparatur“-Fläche affirmiert. Kaputttes Viertel in einer Stadt ohne Geld: Ist dieser

Notstand etabliert, kann ein Investor als Retter dargestellt werden, der der Stadt „Reparatur“-Maßnahmen für ein auf das Verwertungsprojekt zugeschnittenes Umwidmungsverfahren verspricht.

#### Luxus versus Smart

Neoliberalismus bedeutet zweitens forcierte Finanzialisierung der Ökonomie, generell Flexibilisierung und Abstraktion. Nichts davon ist per se schlecht oder ungerecht. Ein Problem allerdings ist die Finanzialisierung von Grund und Boden – ein Hochhaus ist die höchstgradige Vervielfachung von teurem Grund – und die Abstraktion von Wohnraum, dass also etwa Wohnraum zunehmend als Kapitalanlage dem sozialen Verkehr entzogen wird.

**Abstraktion heißt umfassender, dass Wohnraum abgekoppelt wird von der Nutzung, vom Zweck des Bewohnens.**

Der Sinn der Dimensionierung von übergroßen Vorsorge- oder Luxuswohnungen mit 360 Grad-Aussicht liegt gerade darin, dass sie den Gebrauch durch Wohnen exorbitant übersteigen, also Überschuss an Raum bilden – relativ unabhängig davon, ob sie aktuell bewohnt werden oder nur in Zeiträumen, in denen sich ihre Eigentümer/innen in ihnen aufhalten. Luxus bedeutet Ungenutzt-bleiben-Können. Für eine Wohnung oder ein Wohngebäude diesen Typs trifft auch jener Werbespruch zu, der 2011 bei einem anderen innerstädtischen Projekt am Hohen Markt um betuchte Kundschaft warb: „You don’t have to live in these apartments to love Vienna. Owning them will do.“ Gleichzeitig werden im geförderten Wohnbau „smarte“ Lösungen für ein künftig noch höher verdichtetes Wien gefordert, nämlich „Smart-Wohnungen“ mit kompakten, optimal ausgeschöpften Kleinstwohnräumen (in weniger zentralen Lagen).

Dass Befürworter und Befürworterinnen von mehr Luxuswohnungen generell geltend machen, es müsse ja auch dieses Segment geben dürfen, klingt, als wäre exklusiver Wohnraum von hundert Quadratmetern ein Menschenrecht oder ein schützenswertes Minderheitenrecht, für das sich nun auch die Stadt Wien engagieren soll. Oder ist damit angedeutet, dass Wien gegenüber anderen Großstädten von Weltrang noch viel Aufholbedarf hat, was die Schaffung von adäquatem Luxuswohnraum für mobile globale Eliten betrifft? Jedenfalls wird Neoliberalisierung begleitet von einem Anspruch der globalen Eliten auf das Zentrum der Städte. Von Weltrang jedoch war (und ist) Wiens Gemeindebau-Tätigkeit, wobei die Stadt 2004 den bislang letzten Wiener Gemeindebau errichtet hat.

<sup>26</sup> Robertson, a. a. O., S. 193.

<sup>27</sup> Vgl. Feuerstein, a. a. O., S. 18.

<sup>28</sup> Hauser: *Märkte*, a. a. O., S. 299.

<sup>29</sup> Hauser: *Orte*, a. a. O., S. 26.

<sup>30</sup> Helbrecht, Ilse: *Stadt- und Regionalmarketing: Neue Identitätspolitik in alten Grenzen*, in: Scholz, Christian (Hg.): *Identitätsbildung: Implikationen für globale Unternehmen und Regionen*, München 2005, S. 29.

<sup>31</sup> Siebel, Walter: *Einleitung: Die europäische Stadt*, in: Siebel (Hg.): *Die europäische Stadt*, a. a. O., S. 49f.

<sup>32</sup> Ebd.





Power is taken away from one part of society and given to other groups.

Der Film „The Plundering“ konzentriert sich auf vier Fälle aggressiver Privatisierung von Staatseigentum in Tiflis. In Interviews wird die Privatisierung der Wasserversorgung sowie des beliebten Marktes Dezerter Bazaar diskutiert. Eine junge soziale Bewegung verhinderte den versuchten Verkauf der nationalen Wissenschaftsbibliothek sowie die Zerstörung und den Umbau des historischen Gudiaschwili-Platzes im Zentrum der georgischen Hauptstadt zu einem Einkaufszentrum

Oliver Ressler: The Plundering, 2013, Film, 40 min.



Privatization appears as one of the most important sources for meeting the budget;

#### Architektur als Trademark

Die Diskussion um den Weltrang bringt uns zum dritten Aspekt des Konnexes von Neoliberalismus und Architektur, nämlich zur Praxis und zum Diskurs der sogenannten Signature-Architecture. Architektur soll Wahrzeichen schaffen, die heute als Trademarks und Alleinstellungsmerkmale im internationalen Wettbewerb zwischen Städten und Regionen fungieren, welche sich zunehmend als konkurrierende Unternehmen in Stellung bringen.

#### Demzufolge verstehen sich Städte zusehends als Unternehmen mit Belegschaften und Kunden und Kundinnen.

Sie haben aber keine Einwohner und Einwohnerinnen mehr und schon gar nicht jenen „Demos“, der in Demokratien Souverän sein soll (solange „die Märkte“ nichts dagegen haben).

Zum Wohnungsturm beim Eislaufverein heißt es zum Beispiel auch, er würde die „Moderne“ nach Wien bringen. Damit ist ein Anspruch auf Definitionsmacht über die Gesellschaft und ihre Geschichte gestellt: Die Moderne wird auf ein rein formales Stilkonzept (oder auf den Aspekt imposanter Gebäudehöhe) reduziert. Gerade in der Stadt, die eine Zeit lang eine prägnante bauliche Form von Gerechtigkeits-, Gleichheits-, zumindest Umverteilungsprojekten vorgelegt hat, im ehemals „Roten Wien“ also, wird heute der Signature-Formalismus einer Moderne beworben, der ihre Substanz ausgetrieben wurde. Diese Signature-Moderne (ein Entwurf eines guten und anerkannten Architekten) ist Moderne, gereinigt von Utopien und/oder Strategien sozialer Gerechtigkeit. Damit meldet der Neoliberalismus den Anspruch an, nicht nur über den Raum der Stadt – mit ihren Eislaufplätzen und nicht luxurgerechten City Beaches – zu regieren, sondern auch über die Zeit: über eine moderne Vergangenheit, die ihm vorangegangen ist, und über eine Zukunft, von der wir uns nicht mehr als profitable Kapitalanlagen versprechen sollen.

Es sei denn: Planer und Planerinnen beschäftigen sich neben der Frage, wie sie die Ansprüche jeweiliger Planung umsetzen, auch mit grundsätzlicheren Aspekten des „Für wen?“ und „Warum?“.

#### Engagement und Alternativen

Um mögliche (und klarerweise hier nur angerissene) Alternativen im Rahmen architektonischer Praxis zu nennen:

- Solidarität unter Ungleichen (in urbanen Migrationsgesellschaften und angesichts zunehmend ungleicher Reichumsverteilung)
- Mitbauen an Öffentlichkeit (räumlich und diskursiv, verstanden etwa als Raum der Möglichkeit des Auftauchens von unvorhergesehenen Akteurinnen und Akteuren – und nicht als Arena des Glamours)
- eine Neu-Evaluierung von Vermächtnissen der Moderne, zumal solchen, die auf soziale Gerechtigkeit zielen. Etwas konkreter und planungsbezogener gesagt heißt das, konsequent öffentliche Bautätigkeit und öffentlich diskutierten Städtebau zu fordern (u. a. für alle gleich zugängliche Schulen, Museen, neu konzipierte Gemeindewohnbauten und offene Städtebauwettbewerbe) und daran mitzuplanen
- sich gegen Privatisierung oder auch PPP-Projekte für öffentliche Güter aussprechen
- Mietmodelle statt Eigentum im Wohnbau zu konzipieren und zu propagieren
- nicht-konsumorientierte Frei- und Ermöglichungsräume schützen bzw. erweitern und dafür Planungswerkzeuge entwickeln
- nicht bei Spekulation auf Grund und Boden mitmachen, sondern sich kapitalisierungskritisch in Diskussionen über Widmungsabgaben oder Eigentumsverhältnisse (z. B. Erbbau-recht) einmischen
- einen kritischen Städtebau- und Architekturdiskurs forcieren, der die verschiedenen Mandate der Planung berücksichtigt – das der Auftraggeberschaft ebenso wie der anonymen Vielen, also der Öffentlichkeit, aber auch das der eigenen (Architektur- und Stadtbau-)Geschichte – gerade auch in der Stadt der Umverteilungssteuer („Wohnbausteuer“) des „Roten Wien“, die ein Wohnbaumodell von Weltrang erst möglich gemacht hat. •

property is theft

Oliver Ressler: property is theft, 2014, Wandtext



Sie gelten als Wunderwaffe gegen staatliche und kommunale Geldnot einerseits und Schummelmodelle, die langfristig kostspielig sind und zudem Qualitätseinbußen – auch in der Architekturqualität – mitbringen, andererseits. In ganz Europa üben Berufsvertretungen und Medien ebenso Kritik wie die Rechnungshöfe. Und natürlich bringen sie Änderungen in der Planungspraxis mit sich. Konstruktiv hat den Grazer Architekten Markus Pernthaler über seine Erfahrungen befragt.

Franziska Leeb arbeitet als freie Architekturpublizistin und ist seit 2015 Chefredakteurin von konstruktiv.

### Gewinner und Verlierer

„Die neue Wunschphantasie der klammen öffentlichen Hand“ habe in den letzten Jahren mehrmals auf spektakuläre Weise versagt, schreibt Andreas Kilb in der „Frankfurter Allgemeinen“ über die Pläne, das neue Museum der Moderne am Berliner Kulturforum in Form einer „Public-Private-Partnership“ errichten zu lassen. Das funktioniere beim Autobahnbau, „bei Kulturprojekten sollte man die Finger davon lassen“<sup>1</sup>. Ähnlich lautet der Grundtenor der medialen Kritik anlässlich der publik gewordenen Überlegungen, die Erweiterung des Wien Museums im Rahmen eines Private-Public-Partnership-Modells zu realisieren. Den Siegern des Wettbewerbs könne damit „nur eine Beauftragung von Entwurfs- und Einreichplanung und einigen Leitdetails garantiert werden“ und allenfalls eine Beraterrolle auf Seiten der Stadt. Alles Weitere verantworte der private Partner, berichtet Christan Kühn, Professor für Gebäudelehre an der TU Wien und Architekturkritiker in der Tageszeitung „Die Presse“.<sup>2</sup> „Was treibt die Stadt Wien dazu, sich auf ein Verfahren einzulassen, das man mit dem Versuch vergleichen könnte, für ein Festessen (also das Museum) das Rezept (den Entwurf) und ein paar ausgewählte Zutaten (die Leitdetails) in einem Spitzenrestaurant einzukaufen und dann die Zubereitung einer Fastfoodkette zu überlassen“, fragt Kühn und führt an, was vielen Kommunen und Ländern Motivation genug ist, um auf solche – durchaus unterschiedlich praktizierte und ebenso unterschiedlich erfolgreiche – Modelle zu setzen.

### Es ist eine scheinbar bestechende Logik, die hinter den PPP-Modellen steht.

Die öffentliche Hand hat kein Geld, muss aber bauen – aus Notwendigkeit und um die Bauwirtschaft anzukurbeln. Länder und Kommunen könnten sich nun Geld leihen – ihre Bonität ist gut und die Zinsen sind niedrig. Da sie aber aufgrund der Konvergenzkriterien des Maastricht-Vertrages verpflichtet sind, ihr Defizit auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu begrenzen, sehen sie sich dazu gedrängt, diese Investitionen anderen zu übertragen und die jeweiligen Bauten – Verkehrsinfrastruktur, Kulturbauten, Bildungsrichtungen und sogar Gefängnisse – von den privaten Errichtern zu mieten. Klingt clever und scheint eine Win-

win-Situation zu sein. Der Private hat sein Geld gut angelegt und verdient an den Mieten. Die öffentliche Hand kann bauen, ohne ihr eigenes Budget zu belasten.

Kritiker halten dagegen, dass die Gewinne einseitig sind und jedenfalls langfristig die öffentliche Hand, sprich der Steuerzahler, draufzahlt. Nachteilige Effekte für die öffentlichen Haushalte konstatieren international zahlreiche Rechnungshofberichte – gar nicht zu sprechen von Fällen, in denen die privaten Errichter pleitegehen und selbstverständlich Staat, Bundesland oder Gemeinde in die Pflicht genommen werden, die Kosten des daraus entstehenden Desasters zu tragen.

### Qualität der Prozesse sichern

Die Kammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten für Wien, Niederösterreich und Burgenland hat im September 2014 ein Dossier<sup>3</sup> zum Thema veröffentlicht und auf ihrer Website Kommentare der Berufsvertretung sowie Presseberichte zusammengestellt, die das Thema kritisch beleuchten und auch dazu beitragen, die komplexe Materie verständlich zu machen. Die wahre Kostensituation ist jedenfalls schwierig nachzuprüfen, da zu zahlreichen PPP-Projekten widersprüchliche Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen vorliegen und die umfangreichen Verträge nicht immer einsehbar sind.

Dass die Bau- und Architekturqualität darunter leidet, ist ein anderes Argument. Wie es schlussendlich ausgeht, hängt im Einzelfall wohl von den handelnden Akteuren und den individuellen Vereinbarungen und deren Durchsetzung ab. Baukulturelle oder baupolitische Leitsätze, wie sie z. B. Wien oder die Steiermark formuliert haben, sollten Veranlassung sein, auf die Qualität der jeweiligen Prozesse zu achten. Eine nützliche Hilfsstelle für öffentliche Auftraggeber hat das deutsche Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung herausgegeben. Diese Studie zur Sicherstellung der architektonischen Qualität bei Projekten öffentlich-privater Partnerschaft<sup>4</sup> führt Vor- und Nachteile verschiedener Prozessmodelle und Vergabemodalitäten an, enthält Handlungsempfehlungen für die Phasen der Vorbereitung, Vergabe, Ausführung und Nutzung eines PPP-Projekts und beleuchtet auch die veränderte Rolle der Entwurfsarchitekten.

### Grazer Erfahrungen

Architekt Markus Pernthaler hat nicht nur mehrfach Erfahrung mit PPP-Modellen, sondern auch sein Berufsfeld erweitert und ist als Projektentwickler tätig. Seine bislang größte Herausforderung ist die Entwicklung des energieoptimierten Stadtteils beim Grazer Hauptbahnhof mit dem Namen „Smart City Project Graz Mitte“,

„For A Completely Different Climate“ setzt sich mit einer neu entstehenden sozialen Bewegung auseinander, die das (Nicht-)Reagieren von Staaten und Konzernen auf den Klimawandel hinterfragt und punktuell bekämpft. Besonders mobilisierungsfähig ist diese herrschaftskritische Bewegung in Großbritannien, wo in der Nähe des Kohlekraftwerks Kingsnorth im August 2008 ein Climate Camp organisiert wurde. Während Kingsnorth vor der Schließung steht, plant der Energiekonzern E.ON den Bau eines neuen Kohlekraftwerks am selben Ort, um die Gewinne auch für die nächsten Jahrzehnte zu sichern. Dieses Vorhaben steht in völligem Widerspruch zur notwendigen Reduktion von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Der Verhinderung eines neuen Kohlekraftwerks in Kingsnorth kommt große Symbolkraft zu, da erfolgreicher Widerstand auch das Aus für die weiteren bereits in Planung befindlichen Kohlekraftwerke in Großbritannien bedeuten könnte.

Oliver Ressler: For A Completely Different Climate, 2008, Leuchtkasten, Edition of 3+1





# DON'T PURCHASE A BETTER WORLD, FIGHT FOR A BETTER WORLD



Eine typische geschlossene Wohnanlage mit Zaun und Unterstand für Wachpersonal. Verstörend die eingeschlagenen Fenster und die Graffiti. Die Fotomontage vereint Eindrücke aus einem armen Viertel mit einer Residenz der Wohlhabenden.

Oliver Ressler: Don't purchase a better world, fight for a better world, 2008, Billboard, Warschau.

wo auf einem ehemaligen Industrieareal ein neues, funktionsdurchmisches Stadtteilzentrum für ca. 3.000 Bewohner und rund 1.000 Arbeitnehmer entstehen soll. Das Vorzeigeprojekt des Stadtteils, der 60 Meter hohe „Science Tower“ nördlich der Helmut List Halle, steht unmittelbar vor Baubeginn. Er ist ein Forschungsobjekt für neue Gebäudetechnologien und soll Unternehmen aus den Bereichen Green Technologies und Hightech eine Heimat bieten. Aus dem Klima- und Energiefonds wird die Umsetzung des unter anderem aus Forschungsturm und Energiezentrale

bestehenden Demonstrationsprojekts mit 4,2 Mio. Euro gefördert. Bis zum Jahr 2017 soll es umgesetzt sein. Das ganze Stadtquartier mit Schulen, öffentlichen Parks und einer neuen Straßenbahnanbindung, dessen Gesamtenergie zu hundert Prozent regional und aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt werden soll, wird voraussichtlich 2020 fertig sein.

Markus Pernthaler ist seit 1990 selbstständiger Architekt in Graz.

**Konstruktiv befragte den Architekten Markus Pernthaler nach seiner Motivation, sich auch in der Projektentwicklung zu betätigen, und zu seinen Erfahrungen mit hochkomplexen Planungsprozessen innerhalb von PPP-Modellen.**

**Franziska Leeb:** Können Sie Ihre Rolle beim Projekt Smart City Graz erläutern, bei dem Sie ja nicht nur als Architekt involviert sind?  
**Markus Pernthaler:** Unser Büro hat das Projekt knapp ein Jahr lang gemeinsam mit den Grundstückseigentümern und der Stadtplanung entwi-

celt. Wir haben ja 2002 auf dem Areal bereits die Helmut List Halle in einem alten Fabriksobjekt umgesetzt. Nachdem im Umfeld zehn Jahre lang nichts passiert ist, haben wir diese Eigeninitiative gesetzt. Von Anfang an haben Wissenschaftler verschiedener Disziplinen an einem Grundkonzept mitgewirkt. Parallel dazu hat die Stadt Graz mit Partnern das Strategiepapier Graz 2050 entwickelt. Ende 2011 haben diese beiden Gruppen ein Konsortium mit 13 Mitgliedern gebildet und gemeinsam beim europäischen Programm „Smart Energy Demo – FIT for SET“ angesucht. 2012 haben wir



den Zuschlag bekommen, seit Ende 2012 wird daran gearbeitet und am 30.6.2017 muss alles fertig sein. Der Vorteil ist, dass es bei 80.000 m² Grundfläche nur zwei Haupteigentümer gibt. Mit ihnen haben wir eine Vereinbarung für die Entwicklung des Areals getroffen, nach der fünfzig Prozent der Wertschöpfung durch die notwendige Umwidmung von Industrie- in Kerngebiet in Inhalte reinvestiert werden, nämlich in soziale, ökonomische, ökologische und kulturelle Nachhaltigkeit. Diese Verpflichtung wird auch auf alle Investoren übertragen, da wir sonst viele Themen nicht im projektierten Ausmaß realisieren könnten.

**FL:** Sie haben also die Projektentwicklung gemacht, Ihr Büro ist Mitglied des Konsortiums, Sie sind der Architekt von Schlüsselprojekten wie dem Science Tower und der Energiezentrale, aber sie sind ja noch weiter involviert. Wie lassen sich diese Funktionen vereinbaren?

**MP:** Neben diesen Tätigkeiten bin ich auch als Intendant der Stadt Graz für das Projekt aktiv, mit der Aufgabe, das Interessensgemenge an der Schnittstelle zwischen Eigentümern, Investoren, Nutzern, Verwaltung und Politik zu Win-win-Situationen weiterzuentwickeln. Das ist eine spannende, aber durchaus auch konfliktbeladene Sache. Die Vereinbarkeit der verschiedenen Rollen ist eigentlich kein Problem, weil die Aufgaben zeitlich getrennt sind. Die Projektentwicklung ist abgeschlossen und die Intendanten-Rolle betrifft, im Wesentlichen, die Baumaßnahmen auf Baufeldern außerhalb des Demonstrationsprojekts.

**FL:** Für diese Baufelder gab es Wettbewerbe?

**MP:** Ja, ein European-Wettbewerb, ein baukünstlerischer und ein städtebaulicher, auf den jetzt ein kooperatives Verfahren aufgesetzt wird, wurden bereits abgeschlossen. Ein Wettbewerb für zwei neue Schulen und ein Investorenprojekt für den öffentlichen Raum sind in Vorbereitung. Unser Büro hat im Vorfeld Bebauungsstudien erstellt, um beispielsweise zu sehen, wie viel Dichte verträglich ist. Da ging es auch um den Ausgleich zwischen den Eigentümern und um die Baumassenverteilung sowie um die Verteilung der Abtretungen an das öffentliche Gut. Ein schwieriger Prozess, der knapp zwei Jahre lang dauerte.

**FL:** Warum tun Sie sich das an?

**MP:** Weil ich mich immer mehr über Wettbewerbsausschreibungen geärgert habe. Es gab ab Ende der 1990er-Jahre nur noch simple Raumprogramme und harte Ausschlusskriterien, die beispielsweise ein Nachdenken über alternative Lösungen unmöglich gemacht haben. Bei Schulwettbewerben kann ich mich an kein einziges Papier über den pädagogischen Hintergrund erinnern. Und das war durchgängig so. Das ist oberflächlich und meines Erachtens eine völlige Banalisierung des Wettbewerbswesens. Das Schöne und Interessante bei einer Projektentwicklung ist, dass ich zunächst

selbst über Programm und Inhalt nachdenken kann. Im Fall der Smart City galt es also zu definieren, was ein neues Quartier in dieser spezifischen Lage leisten können muss. Auf Basis dieses Papiers haben wir erst angefangen, in städtebauliche Fragen hineinzugehen und zu überlegen, was auf welchem Baufeld wie funktionieren könnte. Da ist man noch weit weg vom Baukörper und auch von der Architektur.

**FL:** Eine Projektentwicklung braucht viel Vorarbeit und Vorlaufzeit. Zahlt sich das aus?

**MP:** Für die Projektentwicklung für die Smart City gab es eine Finanzierung von den Eigentümern, die zwar nicht alle Aufwendungen deckte, aber die Aufgabe war und ist interessant. Ich habe bislang fünf Projektentwicklungen gemacht und vier umgesetzt. Eine solche Erfolgsquote ist bei Wettbewerben unmöglich. Man hat zwar eine lange Vorfinanzierungszeit, aber insgesamt stehen die Chancen besser und die Arbeit macht einfach mehr Spaß.

**FL:** Ihre erste Projektentwicklung war die Helmut List Halle.

**MP:** Ja, öffentliches Geld war damals für eine Konzerthalle nicht da, also sind wir mit den Intendanten von Styriarte, Steirischer Herbst und dem Geschäftsführer von Graz Kulturhauptstadt 2003 mit einem Konzept zum Eigentümer gegangen. Das war ein klassisches PPP-Modell. Ein Privater hat mit Co-Finanzierung der öffentlichen Hand investiert. Wir waren in seinem Auftrag als Generalplaner tätig. Der Erfolg hängt dabei immer davon ab, wie die einzelnen Stakeholder innerhalb eines Systems agieren.

**FL:** Auch die Smart City ist ein PPP-Modell und Sie haben auch Erfahrung mit einem Wiener Projekt. Was bedeutet PPP für Ihre Arbeit als Architekt?

**MP:** Man muss immer differenziert betrachten, um welche Art der öffentlich-privaten Zusammenarbeit es geht. Die Modelle, die in mehreren Städten praktiziert werden, wo der Anbieter ein Gebäude errichtet, finanziert und über einen gewissen Zeitraum betreibt, sind nach Ansicht von Experten die einzigen, die maastrichtkonform sind. Da hängt es davon ab, wie es in Hinblick auf die Architektur und die Qualitätssicherung aufgebaut ist. Ich kenne es so, dass man als Architekt eine sogenannte Ergebnisunterlage liefert. Dafür wird eine Ausarbeitungstiefe zwischen Einreich- und Polierplanung verlangt, die beispielsweise aber auch alle Raumabwicklungspläne umfasst. Die Oberflächen, sowohl außen als auch innen, müssen durchgängig definiert sein, das bedeutet einen hohen Grad an Sicherstellung der architektonischen Qualität. Was zwischen äußerer und innerer Oberfläche passiert, bleibt zumindest theoretisch dem Errichter überlassen, was auch für Teile der Technik zutrifft. Diese Art des Verfahrens schließt zwar aus, dass wir die Polier- und Detailplanung machen können, was das

Erscheinungsbild betrifft, sind aber im Grunde alle Aussagen getroffen. Ich sehe schon ein Bemühen, die architektonische Qualität auch für die Umsetzungsphase sicherzustellen.

**FL:** Das bedingt aber auch einen effizienteren Planungsverlauf.

**MP:** Ja, es muss früher als bei konventionellen Projekten alles auf den Punkt gebracht werden, damit der Anbieter kalkulieren kann und es im Nachhinein keine Unklarheiten hinsichtlich der qualitativen Ausstattung gibt. Die gäbe es garantiert, wenn man nur den Ausarbeitungsstand einer Einreichung hätte. Wichtig ist, dass alle wesentlichen Details gezeichnet sind.

**FL:** Sie beurteilten das Modell also positiv?

**MP:** Aus meiner Erfahrung kann ich nicht sagen, dass es für die Architekten nachteilig ist. Außer dass es eine sehr intensive Arbeit in einem zu meist sehr engen Zeitrahmen ist.

**FL:** Warum kommt dann gerade von Architektenseite derzeit so große Kritik daran?

**MP:** Das kann ich nicht beurteilen. Möglicherweise liegt es an mangelnder Erfahrung.

**FL:** Wie organisieren Sie den komplexen Planungsprozess?

**MP:** Wir arbeiten seit vier Jahren mit Building Information Modeling-Programmen. Ohne BIM würden wir es nicht schaffen, unter den beschriebenen Rahmenbedingungen komplexe Projekte mit hunderten Raumabwicklungsplänen in der geforderten Zeit zu liefern.

**FL:** BIM wird skeptisch gesehen, auch weil man befürchtet, dass die verbindliche Einführung kleinere Büros, die sich die Software nicht leisten können, vom Markt drängt.

**MP:** Ich denke, kleine Büros werden es sich nicht leisten können, nicht damit zu arbeiten. Die meisten werden innerhalb der nächsten Jahre umstellen – wie damals auf CAD. Wir waren 1990 das zweite Büro in Graz, das damit gearbeitet hat. Ich kann mich erinnern, dass es 1993 noch Diskussionen gegeben hat, ob CAD für Architektur überhaupt brauchbar ist. Jetzt arbeiten wir schon vier Jahre lang mit BIM und haben gute Erfahrungen. Wir haben eine klare Generalplaner-Struktur aufgebaut. Große Projekte mache ich meist mit einem Partner. Architekt, Statiker, Haustechnik und Bauphysiker arbeiten am gleichen 3D-Modell. Das minimiert Fehlerquellen, egal ob ich einen Schalungsplan oder einen Polierplan ausdrücke. Die Umstellung ist aber nicht einfach.

**FL:** Warum? Wegen der Kosten und weil man das ganze Team umschulen muss?

**MP:** Auch. Vor allem aber, weil man anders planen und denken muss. Man muss das Modell so aufbauen, wie man wirklich baut. Damit bekommt man schnell eine klare Struktur, die bei komplexen Pro-

jekten sehr hilfreich ist. Im zweidimensionalen Arbeiten kann man sich verlieren, dreidimensional muss ich Schritt für Schritt logisch kausal vorgehen. Es benötigt eine stringente Entscheidungsstruktur, die dem Bauablauf eines Gebäudes entspricht. Das Entwicklungs- und Änderungsmanagement muss sehr gut abgestimmt werden. Es braucht Disziplin und eine Zeitstruktur, die klärt, wer wann auf Daten zugreift, und diese Methodik muss man sich erarbeiten.

**FL:** Es braucht also mehr Organisation?

**MP:** Ja, aber früher haben wir zum Beispiel bei einem Krankenhausprojekt tausende Stunden dafür aufgewendet, um Schalungspläne zu prüfen. Das fällt jetzt weg.

**FL:** Das Smart City Projekt wird als innovatives PPP-Projekt beworben. Was ist daran anders als bei jenen Projekten, wo PPP aufgrund des Stabilitätspakts eingesetzt wird?

**MP:** Hier ist PPP anders aufgesetzt, nämlich als intensive Kooperation zwischen Konsortium, den Eigentümern, den Investoren und den Abteilungen der Verwaltung. Und es investiert ja auch die Stadt – zum Beispiel in die Errichtung von Schulen oder die Verlängerung einer Straßenbahnlinie. Diese enge Zusammenarbeit bringt schon eine andere Qualität im Vergleich zu konventionell abgehandelten Bauprojekten.

**FL:** In Graz gibt es den Trend zu PPP als Finanzierungsmodell noch nicht?

**MP:** So wie das in anderen Städten bei Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern gehandhabt wird, ist es mir aus Graz nicht bekannt. Aber die Frage ist, ob das die Stadt Graz in Zukunft machen muss, um ihre Investitionen tätigen zu können. Das ist ja ein aus der Not geborenes Modell. Aber noch einmal, wenn man über PPP redet, muss man schon sehr genau definieren, worüber man spricht.

**FL:** Sie sehen darin keine Gefahren?

**MP:** Es kann natürlich auch weniger gut laufen. Es geht aber nicht um gut oder schlecht. PPP ist offenbar eine Notwendigkeit, um gewisse Bauten der Infrastruktur in Zukunft zu stemmen, es gibt aber einiges zu berücksichtigen. Prognosen sind schwierig, aber ich denke schon, dass man Risikoanalysen anstellen muss, um abschätzen zu können, wo man in zwanzig Jahren steht. Wenn Errichtung, Finanzierung und Facility Management ausgelagert und von Privaten übernommen werden, besteht meiner Meinung nach schon die Gefahr, dass die beteiligten Auftraggeber an Kompetenz verlieren. Nach zwanzig Jahren Outsourcing weiß dann in den betroffenen Verwaltungen keiner mehr, was Facility Management bedeutet, weil man das früher dafür notwendige Personal abgebaut hat. Das ist mit einem Verlust an Know-how verbunden und da sollte man schon überlegen, wie weit man geht. ■





„We have a situation here“ ist ein Standard-satz, mit dem im Katastrophenfilm ein Darsteller ein herausforderndes Szenario einleitet. In Oliver Resslers Fotografien liegen Manager, Polizei und Militär – zentrale Akteure der Ausübung von Herrschaft – darnieder. In Zeiten der Krise, in denen die bestehende Ordnung ins Wanken gerät, provozieren sie eine Reihe von Fragen und Assoziationen nach den Rollen dieser Akteure in der Gesellschaft.

Oliver Ressler: We Have a Situation Here, 2011, Fotografie



## Das Ende des Normen-Obolus |

Verbindliche Normen dürfen frei verbreitet werden

**Matthias Öhler** ist Rechtsanwalt, Fachautor und Vortragender, Zivilrechts-Mediator. Tätigkeitsschwerpunkte: Vergaberecht, Vertragsrecht, öffentliches Wirtschaftsrecht.

**Michael Weiner** ist Rechtsanwaltsanwältin bei Schramm Öhler Rechtsanwälte.

Eine aktuelle Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs vom 10. Dezember 2014 wird der Diskussion um Normen einen kräftigen Impuls versetzen – und nebenbei so manchen Ziviltechniker und so manche Ziviltechnikerin von einem nicht unerheblichen Kostenfaktor befreien:

### Altehrwürdige Privilegien

Das Austrian Standards Institute (ASI) ist trotz seines modern klingenden englischen Namens ein altehrwürdiger Verein. 1920 hat die Vorläuferorganisation des heutigen Instituts, der „Österreichische Normenausschuss für Industrie und Gewerbe“, seine Arbeit aufgenommen. Das ASI ist auch ein äußerst ungewöhnlicher Verein: Welcher Verein hat schon ein eigenes Gesetz, das Normengesetz, das seine Tätigkeit regelt, ohne dass er in „seinem Gesetz“ auch nur mit einem Wort erwähnt wird? Der Wirtschaftsminister, so das Normengesetz, darf einem Verein die Befugnis verleihen, die von ihm geschaffenen Normen als ÖNORMEN zu bezeichnen. Diese Befugnis wurde dem ASI erteilt. Solange die Befugnis aufrecht ist, so das Gesetz, darf sie keinem anderen Verein verliehen werden.

Das Normengesetz weist dem ASI noch ein weiteres Privileg zu: Nur das ASI darf ÖNORMEN in Verkehr setzen und vervielfältigen. Wer dies dennoch tut, dem drohen Verwaltungsstrafen bis zu 2.180 Euro. Ausgenommen von dieser Regel ist nur die auszugsweise Vervielfältigung von ÖNORMEN für innerbetriebliche Zwecke. Für jede andere Vervielfältigung ist eine Genehmigung des ASI erforderlich, die das Institut gegen Entgelt erteilen kann. Dass Normen nicht billig sind, kann jeder auf der Preisliste nachlesen. Normung ist für die Gesamtwirtschaft wichtig und kostet Geld, kann man dem entgegenhalten. Dass gerade der Nutzer, der auf die Norm unbedingt angewiesen ist, hohe Preise für Normen bezahlen muss, lässt sich aus der Bedeutung der Normung jedoch nicht ableiten. Ebenso ließe sich begründen, dass Normung eine für die Gesamtwirtschaft so eminent wichtige Aufgabe ist, dass sie – gerade um ihre Unabhängigkeit zu sichern – mit Steuermitteln zu finanzieren ist.

Dies führt zur nächsten ungewöhnlichen Eigenheit des ASI, den für verbindlich erklärten Normen. In einigen Regelungsbereichen, insbesondere im Baurecht, lagert der Gesetz- oder Ordnungsgeber Teile seiner Tätigkeit gerne an den Normsetzer aus: Die Bundesländer verweisen auf die Richtlinien des Österreichischen Instituts für Bautechnik, die wiederum auf ÖNORMEN weiterverweisen. Aus Sicht des Gesetzgebers oder des Ordnungsgebers ist das absolut sinnvoll. Er kann sich des Wissens in den Normen bedienen, indem er sie für verbindlich erklärt. Auch für den Rechtsunterworfenen hat das

Vorteile: Enthält die für verbindlich erklärte Norm klare Bestimmungen, ist damit auch das Gesetz oder die Verordnung klar.

Einen Widerspruch wirft dies jedoch auf: Der Zugang zu Gesetzen und zu Verordnungen ist in Österreich kostenlos. Über das Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) lassen sich alle diese Bestimmungen im Internet abrufen. Gesetze und Verordnungen genießen auch keinen urheberrechtlichen Schutz, jeder darf sie frei abdrucken, und das ist auch sinnvoll. Denn über staatliche Regeln, die für alle Bürger gelten, muss man sich frei informieren können und man muss sie auch frei verbreiten können.

**Bei den für verbindlich erklärten Normen reißt die Freiheit jedoch jäh ab.**

Nur in den seltensten Fällen wird mit dem Gesetz oder der Verordnung auch die für verbindlich erklärte Norm veröffentlicht. In Gesetz und Verordnung findet sich dann nur der Hinweis, welche ÖNORM für verbindlich erklärt wird und wo diese gekauft werden kann. In manchen Bundesländern liegen die für verbindlich erklärten ÖNORMEN auch zur Einsicht auf. Ein Kopieren ist in diesen Fällen natürlich ausgeschlossen (vervielfältigen darf ja nur, wie oben dargestellt, das ASI), Abschreiben (zumindest in Auszügen) sollte aber zulässig sein.

Für den Bürger bedeutet das, dass Gesetze und Verordnungen – anders als sonst immer – dann nicht kostenlos zugänglich sind, wenn sie auf Normen verweisen. Der tatsächliche Inhalt des Gesetzes oder der Verordnung, den der Normsetzer sich ja zu eigen macht, erfährt der Bürger schließlich nur, wenn er die Norm kauft.

**Dass diese Praxis rechtlich absolut nicht zulässig ist, ist seit Jahrzehnten bekannt.**

Bereits im Mai 1990 hat die Bundesregierung festgehalten, dass es „aus Gründen des leichteren Zugangs zum Recht notwendig ist, ÖNORMEN, die für verbindlich erklärt wurden, in ihrem gesamten Wortlaut zu veröffentlichen.“ „Zu diesem Zweck“, so die Bundesregierung weiter, „werden das Bundeskanzleramt und alle fachlich betroffenen Bundesministerien dafür Sorge tragen, dass für verbindlich erklärte ÖNORMEN mit dem gesamten Wortlaut in die sie für verbindlich erklärende Rechtsvorschrift aufgenommen werden“.

**Für entsprechende Publizität nicht Sorge getragen**  
Geändert hat sich seit 1990 offenbar wenig: 2010, also 20 Jahre später, hält das Bundeskanzleramt in einem Rundschreiben des Verfassungsdienstes fest, dass





„in der Praxis in manchen Fällen noch immer Normen der in Rede stehenden Art für verbindlich erklärt werden, ohne dass für deren entsprechende Publizität durch (Mit-)Verlautbarung im Bundesgesetzblatt Sorge getragen wäre“. Auf Gesetzgebung und Verordnungen der Bundesländer geht das Bundeskanzleramt überhaupt nicht ein.

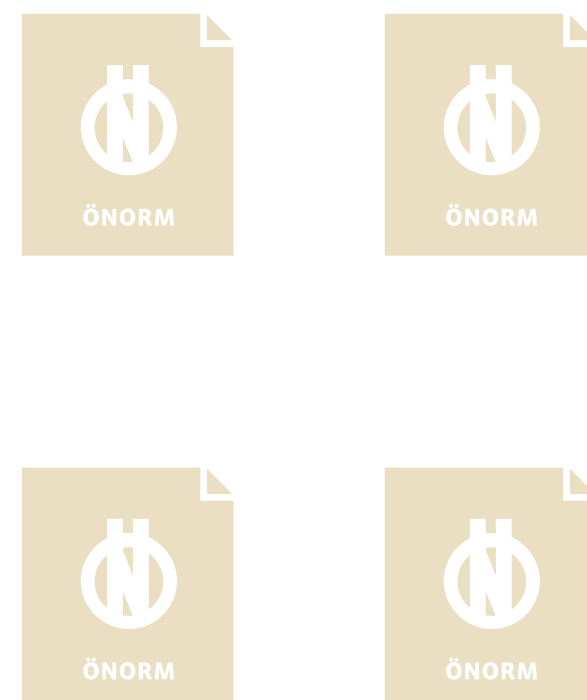
Unsere Kanzlei wollte sich mit diesem Zustand nicht abfinden und hat daher das ASI um Zustimmung ersucht, eine Sammlung von für verbindlich erklärten ÖNORMEN zu veröffentlichen und um die Genehmigung gebeten, diese ÖNORMEN selbst kostenlos veröffentlichen zu dürfen. Wir sind nämlich überzeugt davon, dass es möglich sein muss, als verbindlich erklärte ÖNORMEN ebenso frei zugänglich zu machen und zu veröffentlichen, wie Gesetze und Verordnungen. Es hat sich dabei um Normen gehandelt, die nicht im Bundesgesetzblatt veröffentlicht waren.

Die Antwort des ASI kam prompt: Eine Veröffentlichung von ÖNORMEN ist – auch wenn sie für verbindlich erklärt wurden – nur mit Zustimmung des Austrian Standards Institute und gegen Zahlung einer Lizenzgebühr zulässig. Ob das ASI eine Zustimmung erteilt und wie hoch die Lizenzgebühr für eine Veröffentlichung ist, hänge von der konkreten ÖNORM und vom Verwendungszweck ab.

Damit war für uns klar, dass das ASI für sich das Recht in Anspruch nimmt, auch über die Verbreitung und Verwendung von für verbindlich erklärten Normen alleine zu entscheiden. Da dies für uns nicht hinnehmbar war, haben wir beim Verfassungsgerichtshof einen Individualantrag gegen jene Bestimmungen des Normengesetzes eingebracht, die es nur dem ASI erlauben, Normen in Verkehr zu bringen oder zu vervielfältigen.

Vor einigen Wochen hat der Verfassungsgerichtshof nun über unsere Beschwerde entschieden. Mit einem Ergebnis, dessen Bedeutung für das österreichische Normenwesen und das ASI selbst wohl nicht zu unterschätzen ist: Die Bestimmungen des Normengesetzes, die es nur dem ASI erlauben,

Normen in Verkehr zu bringen und jeden, der dies ohne dessen Erlaubnis dennoch tut, mit Verwaltungsstrafe bedrohen, gelten nicht für Normen, die der Gesetzgeber für verbindlich erklärt hat. Das Austrian Standards Institute hat sich zu dem Beschluss des Verfassungsgerichtshofs noch nicht geäußert. Wir gehen aber davon aus, dass damit klargestellt ist, dass Normen ohne Entgelt frei verbreitet werden dürfen, wenn sie durch Gesetz oder Verordnung für verbindlich erklärt worden sind. Der bis dato zu entrichtende Normen-Obolus, der nur für die Beachtung der Baugesetze bei der Planung zu bezahlen war, ist damit für Ziviltechniker und Ziviltechnikerinnen zukünftig wohl hinfällig.



#### Triflex investiert in die Betreuung von Architekten und Planern

Nach langjähriger Tätigkeit als Gebietsverantwortlicher für Wien wird Werner Jandrisits die Triflex GesmbH Österreich per Anfang Juni 2015 als technischer Berater für Planer und Architekten unterstützen. Gleichzeitig wird er vom Standort Wien aus der erste Ansprechpartner für technische Belange in den Bundesländern sein. In seiner Person finden Sie Herrn Jandrisits als kompetenten Ansprechpartner für komplizierte Detailfragen am Dach, auf Balkonen, Terrassen und Laubengängen, sowie für Problemlösungen rund um das Thema genutzte Dächer oder auch befahrbare Flächen wie Tiefgaragen oder Parkhäuser.

Nach dem Motto „Gemeinsam gelöst“ steht Werner Jandrisits Ihnen gerne beratend zur Seite – sei es in Hinblick auf regelkonforme Lösungen in der Praxis oder bei der Erstellung von Leistungsverzeichnissen. Als Mitglied in der Arbeitsgruppe und auch im Hauptausschuss des Komitee für Abdichtungen am ÖNORM-Institut tätig, verfügt Werner Jandrisits über ein hohes Fachwissen an normgerechter Planung und Ausführung von Dach- und Bauwerksabdichtungen. Nach zahlreichen berufsspezifischen Fortbildungen absolvierte er im Vorjahr die Ausbildung zum „Fachplaner für die Gebäudehülle“ auf der technischen Universität Wien.

**Herr Werner Jandrisits**  
Architekturmanagement Wien  
Mobil +43 664 922 42 16  
werner.jandrisits@triflex.at

**Österreich**  
Triflex GesmbH  
Operngasse 17–21  
1040 Wien  
Fon +43 1 23060 8090  
info@triflex.at  
www.triflex.at







Kreatives Bauen mit Metall

**Hinterlüftete  
Planum®-Fassade**  
Deckbreiten von 200 - 800 mm

**DOMICO Dach-, Wand- und  
Fassadensysteme KG**  
4870 Vöcklamarkt  
Salzburger Str. 10  
Tel. +43 7682 2671-0  
Fax +43 7682 2671-249  
office@domico.at  
www.domico.at



#### Österreich I und II

ORF III Kultur und Information präsentiert die prägenden historischen Dokumentarserien erstmals auf DVD. Inhaltlich und technisch auf den neuesten Stand gebracht, bieten die drei Editionen einen umfassenden Blick auf die Geschichte Österreichs vom Ersten Weltkrieg bis in das Jahr 1955.

Österreich feiert heuer 70 Jahre Ende des Zweiten Weltkriegs und 60 Jahre Staatsvertrag. Österreich I und II bietet Ihnen die Gelegenheit, sich die dramatischen Ereignisse dieser Zeit in Erinnerung zu rufen.

#### ÖSTERREICH I

Die Geschichte Österreichs vom 1. Weltkrieg bis 1945

#### ÖSTERREICH II (Folge 1-12)

Die Staatswerdung Österreichs 1945

#### ÖSTERREICH II (Folge 13-24)

Der lange Weg zur Freiheit

jeweils 6 DVDs, Bildformat 16:9, Stereo  
Sprache: Deutsch, Untertitel: Deutsch

Erhältlich im gut sortierten Fachhandel  
und im ORF Shop

ORF Shop  
Argentinierstraße 30a  
1040 Wien  
T +43 1 501 70-373  
F +43 1 501 70-375  
shop.orf.at

**ap media**  
Visuelle Kommunikation



#### Arch+Ing\*Tour 29 Architekturreise Zürich 11. - 14.6.2015

Die sechste „Architektour“ der Arch+Ing Akademie mit Stadtplaner Reinhard Seiß führt vom 11. bis 14. Juni 2015 in die schweizerische Metropole Zürich. Eine vorbildliche, weil ökonomisch wie ökologisch nachhaltige Siedlungs- und Verkehrspolitik, ein oft überraschend pragmatischer Städtebau sowie international tonangebende Architekturbüros machen unser Nachbarland generell und Zürich insbesondere zu einem ebenso spannenden wie lohnenswerten best practice-Ziel. Vor allem der effiziente Umgang mit der knappen Ressource Boden bietet gerade für Österreich, das hier nach wie vor einen unverantwortlich sorglosen Umgang pflegt, zahlreiche Anregungen: sei es bei der Umnutzung alter Strukturen, sei es bei der Nachverdichtung bestehender Quartiere oder im Abgehen von gewohntem aber inzwischen teurem und vielfach unnötigem Luxus – ob im Wohnbau, ob in der Mobilität.

#### Arch+Ing Akademie

Anmeldeschluss: 2.4.2015  
Kosten: €920 zzgl. 20% USt.  
Anmeldung unter [www.archingakademie.at](http://www.archingakademie.at)  
Arch+Ing Akademie  
Mag. Esther Bischof, T: 01 505 17 81-19

Foto: Kalkbreite Zürich; Fotograf: Martin Stollenwerk/ Zürich; © Müller Sigrist Architekten



## MARKE BILDEN & MARKE SEIN

Im Meer der unbegrenzten Möglichkeiten sicher unterwegs

**Dienstag, 21. April 2015** im Genussregal Südsteiermark in Vogau.

Mit dem aktuellen Seminarprogramm des **FORUM Handwerk & Architektur** *Zukunft. Erkennen. Können.* Experten aus Handwerk & Architektur sprechen über Marke und die Chancen für das eigene Unternehmen.

Weitere Informationen finden Sie unter [www.forum-handwerk-architektur.com](http://www.forum-handwerk-architektur.com)



Aon Risk Solutions

## ROBUSTE ENTSCHEIDUNGSTRÄGER

mit innovativen Versicherungskonzepten

Beratung durch führende Spezialisten.  
Individuelle Best Practice Wordings.  
Prämienoptimierung durch Marktstärke.

[peter.artmann@aon-austria.at](mailto:peter.artmann@aon-austria.at)

Risk. Reinsurance. Human Resources.  
[aon-austria.at](http://aon-austria.at)

**Aon**  
Empower Results®



# Mann und Macht |

## Zum Ausschluss von Frauen vom Techniker-Cercle

**Marlies Marbler** studierte Germanistik in Graz und Leipzig und ist Redaktionsmitglied von konstruktiv.

Seit jeher sind Männerbünde – ob Priesterschaften, Ritterorden, Händlergemeinschaften oder Studentenverbindungen – Zentren der Macht und Netzwerke, die bei politischem oder wirtschaftlichem Vorankommen ihrer Mitglieder hilfreich sein können. Auch das gut verkäufliche Erfolgsrezept des Thriller-Autors Dan Brown fußt auf Geheimnissen und Verschwörungstheorien von Männer-Schwurgemeinschaften wie den Orden der Freimaurer oder der Illuminaten, deren Mitglieder, gut platziert vom Capitol in Washington D. C. abwärts, die Geschicke der Welt lenken. Geschichten von Faszination und Macht, die keineswegs der Vergangenheit angehören.

Seit 1874 gibt es in Österreich den Techniker-Cercle. Er ist ein elitärer Männer-Verein mit Sitz in der Wiener Innenstadt. Etwa 370 Herren gehören ihm an: Neben Technikern auch Ökonomen, Juristen, Banker oder Ärzte. Das für Frauen unzugängliche Männerreservat verknüpft geschickt geschäftliche Interessen mit gesellschaftlichen Anliegen und lukriert beim jährlich stattfindenden „Ball der Industrie und Technik“ im Wiener Musikverein Geld für die Technische Universität Wien.

Hochkarätige Politiker und ebenso Persönlichkeiten, darunter auch Frauen, welche zwar nicht im Verein, wohl aber im Ehrenpräsidium des Balls vertreten, sind: Die Regierungsspitzen – Werner Faymann und Reinhold Mitterlehner –, eine Vielzahl von amtierenden oder ehemaligen Ministern und Ministerinnen, Wirtschaftskammerpräsident Christoph Leitl ebenso wie die Präsidentin des Österreichischen Gewerbevereins Margarete Kriz-Zwittkovits.

### Kammer und Ministerin blieben dem Ball fern

Dem Ball fern blieben heuer der Präsident und der Vizepräsident der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten, Christian Aulinger und Rudolf Kolbe, ebenso Peter Bauer und Bernhard Sommer von der Länderkammer Wien, Niederösterreich und Burgenland. In einem Schreiben an den Präsidenten des Vereins, Architekt Manfred Nehrer, wandte sich die Kammer gegen gesellschaftliche Zustände, in denen Männer Frauen durch strukturelle Ausschlussverfahren von Positionen fernhalten. „Die Interessensvertretung der Ziviltechniker/innen hat in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen, den Frauenanteil in unserem Beruf zu erhöhen (...). Wir distanzieren uns von dem Umstand, dass im Techniker-Cercle bisher keine Frauen aufgenommen wurden (...). Da Sie durch Ihre Haltung das Bild unserer Berufsgruppe in der Öffentlichkeit beeinträchtigen, können wir unsere Mitgliedschaft im Ehrenpräsidium nicht länger aufrechterhalten (...).“ Präsident Nehrer und Vizepräsident Meixner erwiderten schriftlich, dass sie den Austritt des Präsidiums aus dem Techniker-Cercle bedauern und „die Bemühungen (...) für die notwendige Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Berufsausübung ihrer Mitglieder zu kämpfen begrüßen, dass sie auch für Chancengleichheit von Kolleginnen und Kollegen eintreten“. Ein löbliches Ansinnen, dem

in der Club-Realität wohl in absehbarer Zukunft kaum Rechnung getragen wird: Denn woraus die Vertreter der Kammer „ihre Zuständigkeit ableiten, auf unsere Clubregeln Einfluss nehmen zu wollen, ist uns nicht verständlich“, verwehrt sich der Techniker-Cercle und verweist auf den karitativen Zweck des Balls, dessen Erlös an die Technische Universität Wien zur Förderung von Lehre und Forschung gespendet werde.

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, bislang ebenfalls Mitglied im Ehrenpräsidium des Balls, zog, sensibilisiert durch die Medienarbeit der Kammer (ausführlich berichtete die Tageszeitung „Kurier“ am 23.01.2015), ihre Beteiligung zurück und forderte „jedes einzelne Mitglied auf, auch in der Realität seine Grundsätze von Liberalität und Toleranz umzusetzen. Es ist inakzeptabel, Frauen auszuschließen.“

Es sei nicht nur gesellschaftspolitisch untragbar, Frauen weiter auszuschließen, sondern führe auch zu einem signifikanten Verlust menschlichen Potenzials: „Wir haben viel zu wenige von ihnen in technischen Berufen. Wir brauchen deren Hirnpotenzial. Wir werden sie nicht bekommen, wenn sie das Gefühl vermittelt bekommen, das sei ein illustrierter Männerkreis. Ich will eine bunte Kammer, keinen Männerzirkel“, bekräftigte Christian Aulinger seinen Entschluss.

Bei den technischen Studienrichtungen und in der Architekturpraxis dominieren nach wie vor die Männer. Auch unter den Kammermitgliedern sind Ziviltechnikerinnen in der Minderheit. Neben der Bundeskammer der Architekten und Ingenieurkonsulenten treten weitere Vereinigungen für eine Gleichstellung der Geschlechter innerhalb ihres Berufsstands ein. Der öiAV (Österreichischer Ingenieur- und Architekten-Verein), gegründet im Jahr 1848, gehört mit den vergleichbaren englischen und schweizerischen Ingenieurvereinen zu den drei ältesten Institutionen dieser Art weltweit und bekennt sich ebenso wie die Zentralvereinigung der ArchitektInnen Österreichs zur Chancengleichheit von Mann und Frau. „Die alteingesessene Institution öiAV, die es sich unter anderem zum Zweck gemacht hat, das Ansehen des Ingenieur- und Architektenstandes in beruflicher, wissenschaftlicher und ethischer Hinsicht zu heben, bietet Männern wie Frauen gleichermaßen die Möglichkeiten zur Wahrung der gemeinsamen Interessen. Vernetzung und Austausch stehen hierbei im Vordergrund“, so Katharina Tielsch, Vorsitzende der Fachgruppe Architektur und Planung.

Bei einem Gastvortrag an der TU Wien im Jahr 2004 appellierte Johanna Dohnal, 1979 bis 1995 erste österreichische Frauenstaatssekretärin bzw. –ministerin: „Ich denke, es ist Zeit, daran zu erinnern: Die Vision des Feminismus ist nicht eine ‚weibliche Zukunft‘. Es ist eine menschliche Zukunft. Ohne Rollenzwänge, ohne Macht- und Gewaltverhältnisse, ohne Männerbündelei und Weiblichkeitswahn.“ Mehr als zehn Jahre später ist es wieder an der Zeit, daran zu erinnern. •



### EGGER Laminatfußböden: Natürlich vielseitig

Die neue Laminatfußbodenkollektion von EGGER vereint innovative Produkteigenschaften mit überzeugendem Design. Unter der Dachmarke EGGER umfasst die Kollektion insgesamt fast 300 Artikel und ist somit die individuellste Laminatfußbodenkollektion Europas. Mit ihren Holz- und Fliesenoptiken fügt sie sich in aktuelle Einrichtungstrends ein. Der Schwerpunkt liegt dabei nach wie vor auf trendigen Eiche-Optiken.

### Laminatfußboden im Bad – mit aqua+ Eigenschaft

Ein Highlight der Kollektion sind die neuen, feuchtebeständigen Laminatfußböden mit aqua+ Technologie. Die speziell für diese Bodengattung entwickelte HDF-Trägerplatte verhindert ein Aufquellen der Kanten und ist somit deutlich widerstandsfähiger bei Spritzwasser und Feuchtigkeit. Mit aqua+ Fußböden eröffnen sich im privaten als auch im gewerblichen Bereich ganz neue Einsatzmöglichkeiten. Eine Holzoptik kann beispielsweise bedenkenlos ihren Weg ins Bad finden.

Ebenfalls neu im Sortiment: Die Langdiele „LONG“ (2052×248 mm), die den nach wie vor vorherrschenden Trend zum offenen Wohnen bedient und für den gefragten Dielencharakter bei nahtlos ineinander übergehenden Räumen geeignet ist.

### Einfache Verlegung

Das innovative Verriegelungssystem *unifit!* erlaubt durch eine integrierte Kunststoffeder unterschiedliche Methoden bei der Verlegung. Das patentierte System macht den Boden besonders trittstabil und darüber hinaus bei Bedarf den Rückbau problemlos. *unifit!* macht das Verlegen bis zu 40% schneller und deutlich einfacher.

Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage [www.egger.com](http://www.egger.com)



EGGER Retail Products GmbH & Co. KG  
Im Kissen 19  
59929 Brilon  
Deutschland  
T +49 2961 770-0  
F +49 2961 770-62919  
[flooring@egger.com](mailto:flooring@egger.com)



Podiumsdiskussion des BAiK-Ausschusses  
Nachhaltiges Bauen  
**Freiraum – Luxus oder Notwendigkeit?**

Mittwoch, 29. April 2015, 19 Uhr  
Erste Bank Eventcenter, 1010 Wien, Petersplatz 7

Zu einer nachhaltigen Entwicklung der Stadt gehört ein ausgewogenes Verhältnis von Siedlungsflächen und Freiräumen. Das Bekenntnis zu Freiräumen ist in den vergangenen Jahren zweifelsohne gewachsen, jedoch ist es in der Praxis kaum spürbar. Die angestrebte städtische Verdichtung steht im Widerspruch zu dem Platz, der für Freiraumangebote benötigt wird. Die Budgets für nachhaltige Gestaltungen sind oft nicht vorhanden, obwohl Grünräume eine wichtige Rolle in der Dämpfung klimawandelbedingter Hitzeperioden in der Stadt spielen.

Welche zukünftige Stadt wollen wir und wie muss sie geplant und realisiert werden? Welche ökologische Bedeutung haben die Freiräume in einer Stadt? Wie müssen sie gestaltet sein, um möglichst unterschiedliche Bedürfnisse abzudecken? Diesen und weiteren Fragen gehen Experten aus Verwaltung, Klimaforschung, Urbanistik und Landschaftsplanung in der nächsten Diskussion des Ausschusses für Nachhaltiges Bauen der BAiK nach.

## Arch+Ing

Anmeldung:  
[www.arching.at/podiumsdiskussion](http://www.arching.at/podiumsdiskussion)

Bundeskammer der Architekten  
und Ingenieurkonsulenten, Wien  
Bar Tamara, T. 01 505 58 07-73  
[tamara.bar@arching.at](mailto:tamara.bar@arching.at)





Analyse



Konzepterstellung



Planung



Realisierung



Inbetriebnahme

Ihr Projekt. Unsere Kompetenz.

## Intelligente Komplettlösungen made by Stölner.

Wir garantieren professionelle Begleitung von der Beratung über die Detailplanung bis zur Lieferung ebenso leistungsstarker wie wirtschaftlicher Gastronomiekonzepte. CAD unterstützt visualisieren wir bei Bedarf Ihr wirtschaftliches Zentrum. Im Rahmen der Gesamtausstattung liefern wir moderne, ausgereifte Gerätetechnologie. Unsere Handelspartner sind ausschließlich Hersteller mit höchsten Qualitätsstandards und maximaler technischer Kompetenz. Schnelligkeit und Flexibilität sind oberstes Prinzip bei Prozessorganisation, Terminmanagement, Qualität und Kundenzufriedenheit. Wir leben Kundenorientierung und legen Wert auf permanente Verbesserung. Denn Ihre Zufriedenheit ist unser oberstes Ziel.

Gerne überzeugen wir Sie von der Kompetenz und Leistungsstärke des Stölner-Complete-Teams.



### Sie wünschen die Zusendung unseres Kundenmagazins?

Bitte senden Sie eine e-Mail an: [office@stoelner.at](mailto:office@stoelner.at)  
und Sie erhalten ab sofort unser Fachmagazin für  
Gastronomie-Markenprodukte kostenlos!

[www.stoelner-complete.at](http://www.stoelner-complete.at)



**Stölner GmbH**  
Günther Maurer  
Key Account Manager  
+43 (0) 676 830 81 307

Burggasse 120  
1070 Wien  
T + 43 (0) 1 52 24 674

Herzogenburgerstraße 9  
3100 St. Pölten  
T + 43 (0) 27 42 36 22 20-0

[office@stoelner.at](mailto:office@stoelner.at)  
[www.stoelner.at](http://www.stoelner.at)



## BLICK. BEZIEHUNG. ARCHITEKTUR.

Wir sind Europas führende Fenstermarke mit Sitz in Oberösterreich und bieten Ihnen Fenster und Haustüren von höchster Qualität und Langlebigkeit. Präzise und sorgfältig bis ins Detail fertigen wir zu 100 % Made in Austria individuelle und nachhaltige Architekturelemente.

Entdecken Sie erstklassiges Fenster- und Haustüren-Know-How, inspirierende Beiträge und spannende Einblicke unter [www.blick-beziehung-architektur.com](http://www.blick-beziehung-architektur.com)  
Hier bieten wir Ihnen vielfältige Detaillösungen und Referenzen an, um Ihren Planungsalltag zu erleichtern.

Unsere Architektenbetreuer stehen Ihnen als fachkundige Partner zur Seite und helfen Ihnen Zeit zu sparen – bei der Planung, Ausschreibung und Bauleitung.

**Internorm**



**IM NETZ**

[www.blick-beziehung-architektur.com](http://www.blick-beziehung-architektur.com)

ALLES ÜBER FENSTER UND  
TÜREN IN DER ARCHITEKTUR!





## Zur Kultur der Niederlage

Wenn Wettbewerbe mit einem Ziel begonnen werden, das außerhalb ihrer Leistungsfähigkeit liegt, oder wenn abgeschlossene Architekturwettbewerbe von Auslobern so dargestellt werden, als hätten sie ihr Ziel erreicht, obwohl aus der Sicht eines versierten Beobachters erkennbar ist, dass die inhaltlichen Ziele trotz Überwindung aller prozessualen Hürden verfehlt wurden, dann ist von Niederlagen zu sprechen. Diese sind von Fachleuten leichter einzuschätzen, insbesondere von Teilnehmern, die sich anhand eines Vergleichs der Wettbewerbsarbeiten selbst ein Urteil bilden können.

Ein Teilnehmer vermag aus seiner individuellen Niederlage einen Lerneffekt aus einem versagenden Wettbewerb zu ziehen, der ihn gestärkt in weitere Entwurfsprozesse gehen lässt. Die uninformierte Öffentlichkeit aber, die auch jedes Scheinergebnis als durch das Verfahren legitimiert hinnimmt, bleibt oft unaufgeklärt. Bürger werden, so zeigt das hef-

tig diskutierte InterCont-Problem in Wien, gelegentlich im Glauben gelassen, die Fachwelt hätte sich auf ihre Art eine ernste Konkurrenz geliefert und das aufwändig errungene Ergebnis träfe nicht nur die Ziele des Auslobers, sondern auch die der Stadt. Es ist zu fordern, dass ein Wettbewerb, der formal korrekt vollendet wird, aber keine brauchbare Lösung liefert, in seiner Zwiespältigkeit öffentlich erklärt wird. Sonst wird das Gemeinwohlinteresse, das immer für den Architekturwettbewerb in Anspruch genommen wird, ad absurdum geführt. Bei einem gelungenen Architekturwettbewerb ist nicht nur der Erstgereichte der Gewinner und der Zweitgereichte ein Unterlegener, sondern Auslober und Bürger sind gleichermaßen Sieger – denn es wurde eine Lösung entdeckt. Hat der Wettbewerb die Lösung (im öffentlichen Interesse) nicht geliefert, müssen sich Auslober und Bürger als Verlierer sehen. Eine Revision des ursprünglichen Vorgehens ist unumgänglich.

Zur Kultur der Niederlage gehört gemeinhin, dass der Unterlegene vom Sieger lernt. Erst durch die Übernahme der Leistung des Siegers und deren Anwendung auf die Ziele des Verlierers wird das Bestreben des Siegers vollendet. Der Auslober eines am Lösungsgehalt versagenden Architekturwettbewerbs sollte sich als Verlierer fühlen und bekennen. Als Sieger ist dazu als metaphorische Figur das Preisgericht vorzustellen, das aus der Kenntnis aller geäußerten Interessen, aller festgemachten Anforderungen und aller vorgelegten Lösungen eine überlegene Sprechposition ableiten und erklären kann, wo der Ausweg aus der Lücke zwischen Haben und Soll liegt. Am Ende waren meist die Unterlegenen die Gewinner. Walter M. Chramosta ■

### Schenkempfehlung



Geschenke haben ein Problem mit der Reziprozität. Sie müssen sich vom Warentausch unterscheiden. Das Geschenk ist ein Gut, das getauscht wird in einem Ritual, das dementieren muss, dass getauscht wird. Als Geschenk muss die Ware den Anschein erwecken, einseitig und ohne künftige Erwidern gegeben zu werden. Schenkende und Beschenkte verabreden sich zur gemeinsamen Illusion, die Austauschverhältnisse sozialer Beziehungen durch einen Ausnahmefall zu durchbrechen. Wer in der frühen Kindheit gibt es real und notwendigerweise Gaben ohne Gegengabe. Erwachsene schenken einander im rituellen Tausch dementi einen Moment der Regression in die kindliche Rolle des einseitig Beschenkten. Wer beim Erhalt eines Geschenks „danke“ sagt, formuliert damit eine sym-

bolische Gegengabe, die bekräftigt, das Päckchen sei im Geiste der Einseitigkeit empfangen worden. Die Abstattung des Dankes soll die ökonomische Asymmetrie ausgleichen – dabei wird kundgetan, der Austausch sei schon abgeschlossen, obwohl keine physische Gegengabe erfolgt ist. Dabei stört nicht, dass eine Minute später die Gegengabe im gleichen Dementi-Modus erfolgt. „merci“ löst die Verpflichtung des Geschenks, den Tausch zu dementieren, mit seinem Markennamen. Indem die Gabe selber schon vorweg die Rückerstattung des Dankes in sich auf- und vorwegnimmt, hilft sie dem Schenkenden beim Inszenieren fiktiver Einseitigkeit. Das Schenkritual, in dessen Kontext Waren sich zuallererst in Geschenke verwandeln, wird vom Produkt gleich mitgeliefert. Anders als Socken in Geschenkpapier ist eine Packung „merci“ von vornherein ein Geschenk. Als materialisiertes Tausch-Dementi zwingt es Schenkende wie Beschenkte auf eine höhere Ebene der Entmaterialisierung des Warentausches: Ein Dank wird geschenkt und ein Dank wird erwidert. Wer nur noch Danksagungen tauscht, hat das Tauschproblem überwunden. Danke, merci! Wolfgang Pauser ■

### Bekleidungsempfehlung

**Die Krawatte.**  
**Eine Rundumgeschichte.**  
Schweizerisches Nationalmuseum (Hg.)  
Scheidegger&Spiess, 2014



Es scheint, als würde mit dem Verlust des Status der Krawatte als Symbol für Macht, Seriosität und Virilität – man denke an den krawattenlosen neuen griechischen Regierungschef oder die Abschaffung des Krawattenzwangs für Schriftführer im deutschen Bundestag – die modische Rolle dieses Accessoires wieder an Bedeutung gewinnen. Ganz ehrlich: Magistratsbeamte und Bankangestellte, die ihren stillen Protest gegen die Bekleidungsvorschriften

mittels Winnie-the-Pooh- und anderen kindischen Jux-Motiven auf dem Kulturstrick ausdrücken, haben wir schon als Teenagerinnen nicht ernst genommen. Nicht nur, weil sie an erwachsenen Männern lächerlich wirken, sondern weil sie auch ein Indiz dafür, dass ihr Träger entweder zu feig oder zu unkreativ ist, um sich krawattenlos seines Amtes würdig genug zu kleiden, sind. Lässt man die Bilder der Modeschauen der aktuellen Saison Revue passieren, trägt der modische Mann durchaus wieder Krawatte (und sicher nicht Fliege). Er muss aber nicht, wenn er nicht will. Zwecks Inspiration für Krawattenfreaks wie -muffel und um mit der Krawatte ins Reine zu kommen, empfiehlt sich die Lektüre des opulenten Bandes zur Ausstellung „Die Krawatte. männer macht mode“ des Schweizerischen Nationalmuseums. Von der Historie der Krawatte über edle Stoffe, Kurioses und prominente Träger und Trägerinnen ist hierin ebenso zu erfahren wie über ihre Rolle als ideologisches und gesellschaftliches Statement. Frankiska Leeb ■

## Verschuldens(un)abhängige Pönale?

VWGH 27.10.2014, 2012/04/0066;  
UVS Niederösterreich 10.04.2012,  
Senat-AB-12-0037

In den Ausschreibungsbedingungen wurde das Risiko eines Leistungsverzugs zur Gänze auf den Auftragnehmer überwält und dazu folgende Bestimmung bestandsfest festgelegt: „Der Bieter hat im Angebotsblatt die Pönale in Prozenten vom Nettohöchst Honorar anzubieten, zu deren Zahlung sich der Vertragspartner verschuldensunabhängig verpflichtet, wenn (die Leistung) nicht innerhalb der angebotenen Leistungsfrist erbracht wird.“

Der Bieter unterfertigte das Angebotsformblatt, worin er sich zur Zahlung der Pönale verpflichtete, für den Fall, dass die Leistungen nicht rechtzeitig erbracht werden. Zusätzlich vermerkte der Bieter in seinem Angebot aber noch Folgendes: „Verzögerungen, die in der Sphäre des Auftraggebers (...) liegen bzw. durch diesen verursacht werden, wie beispielsweise (...), sind daher nicht pönale wirksam.“

Widerspricht das Angebot den Ausschreibungsfestlegungen? Das Angebot wurde ausgeschrieben. Der UVS Niederösterreich bestä-

tigte die Ausscheidensentscheidung, da eine allfällige sittenwidrige Vertragsbestimmung nicht mehr releviert werden könne. Der Bieter habe ein Angebot abgegeben, das den bestandsfesten Ausschreibungs festlegungen widerspreche. Dagegen wurde Beschwerde an den VWGH erhoben.

Der VWGH wiederholte zunächst die ständige Rechtsprechung, wonach ein Widerspruch vorliegt, wenn der Bieter in seinem Angebot erklärt, den zu vergebenen Vertrag nicht zu den Bedingungen der Ausschreibung, sondern zu anderen Bedingungen abschließen zu wollen. Dabei kommt es immer auf den objektiven Erklärungswert des Angebots an und nicht darauf, wie der Bieter sein Angebot verstanden wissen will. Dasselbe gilt für die Ausschreibungsbestimmungen. Im Zweifel sind Festlegungen gesetzeskonform und sohin in Übereinstimmung mit den maßgeblichen Bestimmungen zu lesen.

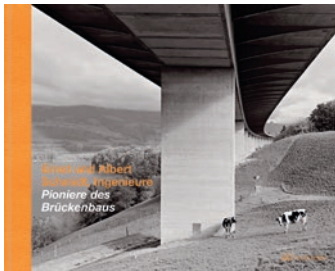
Gemäß §1336 ABGB kann eine Vertragsstrafe vereinbart werden, für den Fall des zu spät erfüllten Versprechens anstatt des zu vergütenden Nachteils. Diese Vertragsstrafe ist eine Vorauspauschalierung künftiger möglichen Schadens und dient dazu, die meist schwierigen Schadensfeststellungen zu vermeiden und vertragsbestärkend zu wirken. Sie ist von der Höhe des wirklich eingetretenen Schadens unabhängig, gebührt also an

sich auch dann, wenn kein Schaden eingetreten ist. Wurde eine Konventionalstrafe nicht ausdrücklich auch für den Fall unverschuldeter Nichterfüllung vereinbart, ist sie nur bei Verschulden zu zahlen. Wird eine Vertragsstrafe ohne Rücksicht auf das Verschulden an einer Vertragsverletzung festgelegt, so wird sie doch nicht geschuldet, wenn der Gläubiger die Erfüllung verhindert. Der Grundsatz von Treu und Glauben verbietet es nämlich, aus dem eigenen vertragswidrigen Verhalten Rechte ableiten zu wollen.

Die Erklärung des Bieters, Verzögerungen, die in der Sphäre des Auftraggebers liegen, seien nicht pönale wirksam, führt deshalb nicht zu einer Einschränkung der Ausschreibungs festlegung, sondern gibt den objektiven Erklärungswert der gesetzeskonform zu lesenden Festlegung wieder. Das Angebot widerspricht daher nicht den Ausschreibungsfestlegungen, weshalb der Beschwerde stattgegeben wurde.

Hannes Pesendorfer/Johannes Schramm  
(Schramm Öhler Rechtsanwälte  
www.schramm-oehler.at) ■

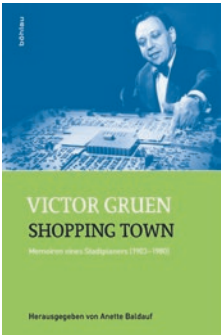
**Ernst und Albert Schmidt, Ingenieure Pioniere des Brückenbaus**  
Wendelin Schmidt (Hg.)  
Park Books 2014



Dem Ingenieur ist nichts zu schwör, wusste schon Daniel Dürer. In Wirklichkeit aber haben es Ingenieure oft schwer: Während der Namen gefeierter Stararchitekten beinahe jedes Kind kennt, findet der ihre kaum je Erwähnung. Ein neues Buch rückt nun zwei hochkarätige Vertreter der Bauingenieurszunft ins Licht der Öffentlichkeit: Ernst Schmidt (1914–1990) und Albert Schmidt (1923–2007). Die beiden Brüder waren Pioniere des euro-

päischen Brückenbaus. Sie realisierten ab 1948 herausragende Brücken vor allem in ihrer Heimat, der Schweiz, aber auch in Deutschland, Brasilien und Italien. Sie gehörten zu den ersten, die den Spannbeton und das sogenannte Freivorbauverfahren anwandten. Albert schuf den Typus der Brücke mit zentraler Stützenreihe und weit auskragenden Rippenkonsolen. Die Sporthalle St. Jakob in Basel mit weit gespannten Hängedach ist sein bekanntester Bau. Ernst wiederum war nicht nur ein kreativer Brückenbauer und Konstrukteur, sondern auch der Erfinder des nach ihm benannten Schmidt-Hammers, mit dem sich die Betonfestigkeit bestehender Bauten zerstörungsfrei ermitteln lässt. Der Brüder spektakulärstes Bauwerk ist wahrscheinlich der über zwei Kilometer lange Viadukt am Greizersee, der sich trotz avancierter Ästhetik harmonisch in die Landschaft fügt. Michael Krassnitzer ■

**Victor Gruen Shopping Town Memoiren eines Stadtplaners (1903–1980)**  
Hg. Anette Baldauf  
Böhlau Verlag 2014



Victor Gruen, Vater der Shopping Mall und der Fußgängerzone: Nun ist die Autobiografie des aus Wien stammenden Stadtplaners und Architekten – auch wenn er sich hierzulande nicht so nennen durfte – erschienen. Gruens Bedeutung ist nicht hoch genug einzuschätzen: In den 1950er-Jahren konzipierte und erbaute er das al-

lererste der vorstädtischen Einkaufszentren, die Landschaft, Städte und Lebensgewohnheiten in den USA geprägt haben. In derselben Zeit erarbeitete er den weltweit ersten Wiederbelebungsplan für ein heruntergekommenes Stadtzentrum und erfand dabei die Fußgängerzone. Seinen Beitrag zur Suburbanisierung sah er später kritisch, er propagierte eine „menschengerechte Stadt“ und kämpfte gegen den „Missbrauch des Automobils als Massentransportmittel“. Seine Memoiren zeigen Gruen auch von anderen Seiten: Als Autor, Conférencier, Schauspieler und Chansonnier war er in der Zwischenkriegszeit führendes Mitglied des „Politischen Kabarets“, einer linken Theatergruppe, zu der auch Jura Soyfer gehörte. Er erzählt von seinen Begegnungen mit Albert Einstein, mit Frank Lloyd Wright, den er sehr, und Mies van der Rohe, den er weniger schätzte, und auch von der Flucht 1938. Michael Krassnitzer ■



# Stillstand wäre das Schlimmste | Bauingenieur Richard Woschitz im Porträt



**Eva Guttman** arbeitet als freie Architekturpublizistin. Von 2004 bis 2009 war sie Chefredakteurin der Zeitschrift „Zuschnitt“, von 2010 bis 2013 Geschäftsführerin des HDA Graz.

Wenn man Richard Woschitz mit einem Wort beschreiben müsste, so wäre das wohl Zielstrebigkeit. Aufgewachsen im mittelburgenländischen Weingraben und über den Vater, der Baupolier war, sowie den Großvater, seines Zeichens Zimmermann, von Kindesbeinen an ins „Bauwesen“ involviert, half er schon früh auf den Baustellen der Umgebung aus. Der Besuch der HTBLUVA für Bautechnik, Abteilung Tiefbau, in Mödling war damit quasi vorgezeichnet und einem Eintritt ins Berufsleben nach der Matura stand eigentlich nichts im Weg. Aber Richard Woschitz wollte tiefer eintauchen in die Welt der Tragwerkslehre und auch die wissenschaftliche Seite seiner Profession kennenlernen. So studierte er Bauingenieurwesen an der TU Wien, arbeitete nebenher in verschiedenen Ziviltechnikerbüros und in den letzten beiden Semestern als Studienassistent am Institut für Tragwerkslehre und Ingenieurholzbau. Dadurch entstand ein intensiver Bezug zum Holz und zum Kraftflussdenken, weshalb er anschließend das Doktoratsstudium mit Schwerpunkt Konstruktiver Ingenieurbau absolvierte und Assistent an der TU wurde.

1996 verließ Richard Woschitz die Universität mit dem Ziel, die wissenschaftlichen Erkenntnisse seiner Tätigkeit an der Fakultät für Bauingenieurwesen in der Praxis umzusetzen und gründete die Firma RWT – Richard Woschitz Tragwerksplanung – mit dem Fokus auf Leichtbauten in Glas, Stahl und Holz, wobei letzteres bis heute sein persönlicher Schwerpunkt ist. Damit verzichtete er darauf, im herkömmlichen Betonbau Fuß zu fassen und wählte bewusst eine unternehmerische Nische, die Mitte der 1990er-Jahre noch wenig besetzt war. Mit dem Schritt in die Selbstständigkeit ging auch die Entscheidung einher, ein innovatives Büro mit engem Kontakt zu Wissenschaft und Forschung – und damit zur Technischen Universität – aufzubauen. Der Karlsplatz, noch heute Hauptstandort des Unternehmens, schien eine geeignete Adresse, um den Kontakt zur Hochschule aufrechtzuerhalten und im Lauf der Jahre wanderte RWT vom Dachgeschoß in Untermiete und mit ersteigter Büroausstattung über den dritten in den ersten Stock und wurde zur Woschitz Group mit fünf Standorten.

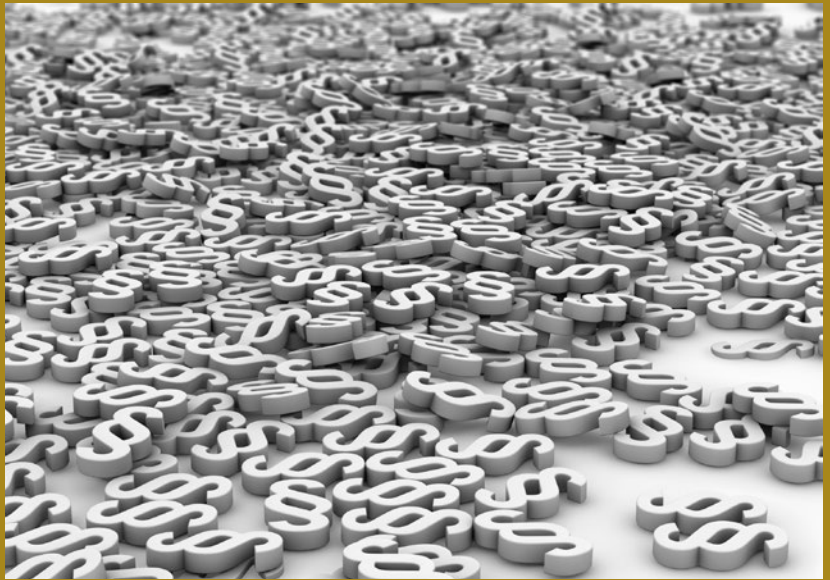
Von Beginn an wollte Richard Woschitz international tätig sein und war das Ingenieurbüro von Ove Arup ein Vorbild. Um diesem Anspruch gerecht zu werden, kam es zur Ausweitung des Tätigkeitsfeldes auf die Bereiche Bauphysik, Energy-Design, Baubetreuung, Projektkontroll und -steuerung. Entsprechend verfügen die einzelnen Büros der Gruppe über die jeweiligen, untereinander abgestimmten und vernetzten Schwerpunkte.

Doch neben und mit der Etablierung des Unternehmens verlor Richard Woschitz den wissenschaftlichen Aspekt seiner Arbeit nie aus den Augen: „Innovativ zu

sein, Pionierarbeit zu leisten, ist eine reizvolle Herausforderung für mich, das gehört zu meinem Verständnis des Berufs und ist ein zentraler Aspekt, um in der Anwendungstechnik voranzukommen.“ So treten Architekten immer wieder mit besonderen Aufgaben an RWT heran und kooperiert das Büro nicht nur eng mit Planerinnen und Planern, sondern auch mit Institutionen wie der TU Wien, der MA 39 oder, als jüngstes Beispiel, mit der Fachhochschule Pinkafeld, wo es um „Energy-Design“ geht. Dabei steht nicht die Hightechlösung im Vordergrund, sondern die technisch und wirtschaftlich effizienteste, die zugleich den gestalterischen und funktionalen Ansprüchen der Bauaufgabe gerecht wird. „Natürlich arbeiten wir sehr gerne im Hightechbereich, aber hier ist auch der planerische Aufwand extrem hoch. Weil wir aber auch Projekte abwickeln, die diesen Aufwand nicht benötigen, können wir in Summe wirtschaftlich arbeiten und kommen zugleich technologisch weiter. Stillstand wäre das Schlimmste! In jedem Fall“, so Woschitz weiter, „geht es darum, die wesentlichen Problempunkte sofort zu erkennen, den dafür richtigen Lösungsansatz zu finden und schließlich mit der Erfahrung aus zwanzig Jahren das Projekt professionell umzusetzen.“

Aus der internationalen Szene hat sich das Unternehmen weitgehend zurückgezogen. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sind instabil und so sind einige Fassadenkonstruktionen in Deutschland und ein kürzlich fertiggestelltes Hotel in Abu Dhabi derzeit die einzigen Projekte außerhalb Österreichs. Hier jedoch kann die Woschitz Group auf eine beeindruckende Werkliste verweisen, die vom Einfamilienhaus bis zur Brücke nahezu jede bautypologische Aufgabe abdeckt. Ein Feld, das von Richard Woschitz immer bewusst ausgeklammert wurde, ist jenes der Architektenplanung. Architekten seien nicht „besondere“ Bauingenieure, sondern erfüllen ganz andere Aufgaben – umso wichtiger sei die „symbiotische“ Kooperation. Dennoch gibt es einen Punkt, an dem Richard Woschitz wohl mit vielen Architektinnen und Architekten auch jenseits der konkreten Zusammenarbeit übereinstimmt: Er wünscht sich eine Baukultur, die nicht von Juristen dominiert wird, sondern von einer gemeinsamen Arbeit aller Beteiligten, die auf Augenhöhe stattfindet und Spaß macht. Und er betont, dass – bei allen Vorteilen moderner Planungsverfahren – klar ist, dass die Kunst des Konstruierens auf dem gekonnten Umgang mit Bleistift, Aquafix und Taschenrechner beruht und die EDV nur Werkzeug ist. ■





**Fehlannonce Der verordnete Regelfall** Bauordnungen und Normen führen nicht selten durch eine Überdosierung guten Willens zu unerwünschten Nebenwirkungen. Hinter vielen Reglements liegen oft in die Jahre gekommene Vorstellungen von Stadt und Architektur verborgen. Vorschriften etwa, die auf einzelne Gebäudefunktionen zugeschnitten sind, verhindern nicht nur das Unterschreiten von Mindeststandards, sondern produzieren gleichzeitig auch die monofunktionale Entwicklung, unter der die Lebensqualität unserer Städte, Dörfer und Landschaften zunehmend leidet. Hat sich in den meisten Theorien und Konzepten der alte Antagonismus zwischen Städtebau und Architektur längst aufgelöst, so wird dieser im Bereich der Bauordnung in starren Reglements weitergeführt. So wird z. B. die Umsetzung von Gebäudestrukturen erschwert, die in ihrer Nutzungsstruktur offener und vielfältiger sind und somit auch einen städtebaulichen Mehrwert generieren könnten. Wenn im Hochbau maximal zulässige Gebäudehöhen und Mindestraumhöhen auf die von Bauträgern angestrebte Quadratmetermaximierung treffen, entsteht schnell eine ungünstige Allianz zwischen ökonomischen und legislatischen Zwängen. Denn lieber maximiert man die Anzahl der Geschosse als zugunsten komfortabler Raumhöhen auf ein Geschoss und somit auf verwertbare Quadratmeter zu verzichten. Welche (Stadt-)Räume und Architekturen wären vorstellbar, wenn fixe Werte durch Richtwerte, rigide Regelwerke durch flexible, den Kontext in Rechnung stellende Rahmenwerke, Gesetzestexte zunehmend durch Qualitätsmanagement ersetzt werden würden und wenn der Regelfall nur mehr selten und unter Berufung auf einen Ausnahmeparagrafen eintreten könnte?

André Krammer ■



„64 kW“ war ein Projekt der Künstlerin Siegrun Appelt für Updating Germany, dem deutschen Beitrag auf der 11. Architekturausstellung der Biennale Venedig 2008. Mit der vierfachen Intensität des Sonnenlichts an einem wolken-

losen Sommertag machte die Lichtinstallation das gleißende Licht und die Wärmeentwicklung zur körperlichen Erfahrung und war zugleich ein Aufruf für einen bewussteren Umgang mit Energieressourcen.

**Das nächste Heft** In der kommenden Ausgabe wird das KONstruktiv das „Internationale Jahr des Lichts“ zum Anlass nehmen, aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse auf dem Sektor der Lichtforschung vorzustellen und neue Lichttechnologien und ihre Auswirkungen ökologischer und ästhetischer Natur – auch vor dem Hintergrund aktuell in Kraft tretender Verordnungen – unter die Lupe zu nehmen. Was sind die Potenziale neuer Technologien, wo liegen ihre Gefahren? Wie beeinflusst Licht unsere Wahrnehmung? Die einfache Verfügbarkeit und die Vielzahl der technischen wie gestalterischen Möglichkeiten verführen heute dazu, elektrisches Licht so gedankenlos wie nie zuvor einzusetzen. Einzelne Initiative und ganze Kommunen versuchen, dagegen zu steuern.



**Von oben** herab schwebt das Himmlische Jerusalem, eine göttliche Stadt von würfelförmiger Gestalt aus glasartigem Gold. So visionär wird der Prototyp moderner städtischer Architektur in der biblischen Apokalypse beschrieben. Die Stufen der Himmels-treppe sind von gleißendem Kristall. Auf ihr wandeln die Engel. Wer aber wandelt auf der Treppe des Louis-Vuitton-Ladens im „Goldenen Quartier“? Kann die Finanzblase in ihrer allmächtigen Immaterialität als Nachfolgeprojekt des Himmelreichs gesehen werden, sind ihre Einwohner übermenschlicher Natur? Mit Gewissheit lässt sich nur sagen, dass auf Arbeit basierender sozialer Aufstieg keinesfalls diese Treppe nach oben führt.

Das „Goldene Quartier“ ist eine vom Immobilienentwickler René Benko für die Ansiedlung höchstpreisiger Marken gestaltete Zone im Zentrum Wiens. Als ich erstmals von der Vision hörte, die zufällige Verteilung luxuriöser Läden durch eine dramaturgisch inszenierte Anordnung zu ersetzen, fand ich sie genial als Geschäftsmodell. Das touristische Erleben einer Luxusmeile gleicht durchaus einem subjektiven Theaterstück. Warum es nicht kunstvoll arrangieren?

Von Dramaturgie jedoch fehlt jede Spur (ich habe das Konzept wohl missverstanden): All die teuren Marken, deren Wertschöpfung allein auf der Kultivierung ihrer Unterschiede beruht, wurden zur Gleichförmigkeit gezwungen (Benko hat das Konzept Marke wohl missverstanden). Einheitlich schwarz gerahmt sind alle Brandworlds nur noch am Schriftzug ihres Namens erkennbar. Die Meta-Marke „Goldenes Quartier“ lässt alle Differenzen verschwinden zugunsten einer einzigen Differenz: der Hochpreisigkeit. Die ästhetische Eintönigkeit etabliert ein Leitsystem, das auf das Geld zurück verweist und damit auf die wohl einzige Differenzierung, die von der Kernzielgruppe verstanden wird.

Hier bildet sich die neue Struktur eines Reichtums ab, der sich von allen Relationen, Größenordnungen und Kontinuitäten der „Realwirtschaft“ und der darin Involvierten abgekoppelt hat. Vor den trauerumflorten Shoppingwindows ohne Preisschilder flaniert die abgehangene Restgesellschaft. Die Gestaltung stellt klar, dass es für alle Nichtoligarchen müßig ist, den „Stairway to Heaven“ hochzusteigen und nach dem Preis zu fragen. Als unfreiwilliger Bankenretter hat man einen Teil davon ohnehin schon bezahlt.

Wolfgang Pauser •

